

**Einwohnerratssitzung 2013/2014  
Protokoll Nr. 4**

Sitzungsdatum **Donnerstag, 21. November 2013**  
Sitzungszeit 16:00 Uhr bis 20:00 Uhr  
Ort Pilatus-Saal, Luzernerstrasse 15, Kriens

---

Protokoll Janine Lipp  
Direktwahl 041 329 63 09

21. November 2013 jl

---

**Anwesend**

Präsidentin

Christine Kaufmann-Wolf

Einwohnerrat

33 Mitglieder  
Aakti Brahim (ab 17:15 Uhr)  
Berger Rita (ab 17:40 Uhr)  
Camenisch Räto (bis 18:00 Uhr)  
Kloter Yanik (bis 18:45 Uhr)  
Piazza Daniel (bis 17:15 Uhr)

Gemeinderat

5 Mitglieder  
Luthiger-Senn Judith (bis 16:45 Uhr / ab 18:20 Uhr)

Gemeindeschreiber

Solari Guido

Protokoll

Deschwanden Sarah  
Lipp Janine

**Entschuldigt**

Dalla Bona Mara

**Unentschuldigt**

Erni Roger

## Traktanden

- |     |   |            |           |
|-----|---|------------|-----------|
| 1.  | <u>Fragestunde</u><br>(max. 30 Min.)  |            | Seite 132 |
| 2.  | <u>Motion Tanner:</u> Änderung der Finanzkompetenz des Gemeinderats in der Gemeindeordnung<br>Begründung              | Nr. 035/13 | Seite 134 |
| 3.  | <u>Motion Lammer:</u> Reduktion der Anzahl Mitglieder Einwohnerrat<br>Begründung                                      | Nr. 037/13 | Seite 139 |
| 4.  | <u>Motion Fässler:</u> Obligatorisches Referendum für Änderung Steuerfuss<br>Begründung                               | Nr. 043/13 | Seite 143 |
| 5.  | <u>Postulat Hahn:</u> Liberales Reglement REAL in Bezug auf Gebindevorschriften<br>Begründung                         | Nr. 040/13 | Seite 144 |
| 6.  | <u>Postulat Zosso:</u> Kartonsammlung durch REAL<br>Begründung  | Nr. 041/13 | Seite 144 |
| 7.  | <u>Beantwortung Interpellation Schwizer:</u> Jugend und Politik   | Nr. 042/13 | Seite 144 |
| 8.  | <u>Motion Fässler:</u> Umsetzung Massnahmen aus „Wir sind Kriens“<br>Begründung                                       | Nr. 044/13 | Seite 146 |
| 9.  | <u>Beantwortung Interpellation Frey:</u> B+A Eichhof: Kommunikation und Umgang mit Rückweisung                        | Nr. 045/13 | Seite 149 |
| 10. | <u>Postulat Urfer:</u> Hindernisfreier Verkehrsraum: Aktualisierung des Alters- und Behindertenleitbild<br>Begründung | Nr. 048/13 | Seite 151 |
| 11. | <u>Postulat Urfer:</u> Hindernisfreie Fussgängerinfrastruktur<br>Begründung   | Nr. 049/13 | Seite 152 |
| 12. | <u>Motion B. Bienz:</u> Austritt aus dem Verband der Luzerner Gemeinden<br>Begründung                                 | Nr. 050/13 | Seite 152 |
| 13. | <u>Postulat Portmann:</u> Austritt aus dem Verband der Luzerner Gemeinden (VLG)<br>Begründung                         | Nr. 051/13 | Seite 155 |
| 14. | <u>Postulat Hahn:</u> Negativer Trend der Sozialhilfequote in der Gemeinde Kriens<br>Begründung                       | Nr. 052/13 | Seite 156 |
| 15. | <u>Postulat Portmann:</u> Austritt aus der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS)<br>Begründung             | Nr. 053/13 | Seite 156 |

16.	<u>Postulat Heiz</u> : Umwelt und Verkehr gehört ins Baudepartement <i>Begründung</i>	Nr. 055/13	Seite 160
17.	<u>Postulat Lammer</u> : Organisation Bauwesen in Kriens <i>Begründung</i>	Nr. 056/13	Seite 163
18.	<u>Postulat Aakti</u> : Schaffung von Plastiksammelstellen <i>Begründung</i>	Nr. 057/13	Seite 163
19.	<u>Postulat Gartmann</u> : Durchsetzung der baupolizeilichen Bestimmungen im Hochwald <i>Begründung / aus Zeitgründen abtraktandiert</i>	Nr. 058/13	Seite 166
20.	<u>Postulat Mathis</u> : Räumliche Energieplanung: Energierichtplan für Kriens <i>Begründung / aus Zeitgründen abtraktandiert</i>	Nr. 060/13	Seite 166
21.	<u>Postulat B. Bienz</u> : Öffentliche AE Defibrillatoren für Kriens <i>Begründung / aus Zeitgründen abtraktandiert</i>	Nr. 065/13	Seite 166
22.	<u>Postulat Hahn</u> : Photovoltaikanlage für das Tribünengebäude Kleinfeld und das Parkbad Kriens <i>Begründung / aus Zeitgründen abtraktandiert</i>	Nr. 075/13	Seite 166

## Neueingangsliste

- Nr. 077/13 Postulat Urfer: Ausarbeitung eines Sitzbankkonzepts im Siedlungsgebiet  
*Eingang: 07.11.2013*
- Nr. 070/13 Bericht und Antrag: Bauabrechnung Werkräume Schulhaus Kirchbühl 1 und Keller und Erdgeschoss Haus Frühlicht
- Nr. 059/13 Beantwortung Interpellation B. Bienz: Schlössli-Park für alle Krienser und Krienserinnen

\*\*\*\*\*

Christine Kaufmann-Wolf begrüsst alle Anwesenden zur Einwohnerratssitzung. Für die Neue Luzerner Zeitung schreibt Luca Wolf.

Die heutige Einwohnerratssitzung hat die Geschäftsleitung einberufen, um die seit längerem pendenten Vorstösse abzuarbeiten.

Entschuldigt hat sich Mara Dalla Bona, denn sie ist in den Ferien. Christine Kaufmann-Wolf begrüsst hier speziell Paul Trüb. Es ist schön, dass er wieder Kraft hat, um an der Sitzung teilzunehmen. Brahim Aakti kommt gegen 17:00 Uhr zur Sitzung. Rita Berger kommt auf 18:00 Uhr. Judith Luthiger-Senn muss heute Nachmittag noch ins Schulhaus Amlehn gehen. Das

sanierte Schulhaus wird den Schülern, den Eltern und dem Quartier übergeben. Sie wird jedoch später wieder zur Sitzung hinstossen. Daniel Piazza muss ca. um 17:00 Uhr wieder gehen und Yanik Kloter um 18:45 Uhr.

Die Pause ist von 17:45 Uhr bis 18:05 Uhr vorgesehen. Sitzungsschluss ist um 20:00 Uhr.

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf sind keine weiteren Änderungsanträge eingegangen. Somit ist die Traktandenliste genehmigt. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf.

#### *Mitteilungen seitens des Präsidiums*

Räto Camenisch ist mit Schreiben vom 28. Oktober 2013 per sofort aus der Bürgerrechtskommission ausgetreten. Die Ersatzwahl für die restliche Amtsperiode findet am 23. Januar 2014 statt, wenn die SVP-Fraktion wieder komplett ist.

In den letzten Tagen ist auf der Gemeindekanzlei ein weiteres Rücktrittsschreiben von Hans Gartmann eingetroffen. Er tritt per Ende Jahr zurück.

## **1. Fragestunde**

Roland Schwizer meint, dass auf dem Grundstück der Pangas AG gebaut werden sollte. Er möchte wissen, wie der Stand der Dinge ist.

Gemäss Matthias Senn wollte die Pensionskasse Pangas auf diesem Grundstück selber etwas realisieren. Sie haben es nun an die Eberle Bauunternehmung verkauft. Diese sind nun am Planen.

Martin Heiz möchte wissen, warum das Parkverbot auf der Horwerstrasse bis zum Bahnübergang ohne Ankündigung erstellt wurde. Die betroffenen Anwohner wurden nicht informiert. Warum hat der Gemeinderat dort ein Parkverbot erstellt?

Matthias Senn führt aus, dass dieses Parkverbot schon seit längerer Zeit geplant ist. Der Gemeinderat hat beschlossen auf allen Gemeindestrassen entweder ein Parkverbot zu errichten oder markierte Parkfelder zu bewirtschaften. Auf diesen Strassen gab es viele Wild-Parkierer. Manchmal war die Strasse so zu parkiert, dass ein Lastwagen nicht mehr zufahren konnte.

Alex Hahn erinnert daran, dass die Sozialhilfequote in Kriens von 3.2 % auf 3.4 % gestiegen ist. Der Sprechende möchte vom Gemeinderat wissen, wie es dazu gekommen ist.

Lothar Sidler meint, da Alex Hahn diesbezüglich bereits einen Vorstoss eingereicht hat, wird dies im Rahmen des Vorstosses beantwortet.

René Zosso hat festgestellt, dass die Buslinie 15 ab der Fahrplanänderung im Dezember im 15-Minuten Takt anstatt im 30-Minuten Takt fährt. Der Sprechende begrüsst diese Entwicklung, aber anscheinend wurden die betroffenen Grundstückbesitzer nicht informiert. Ist das richtig?

Laut Cyrill Wiget ist es tatsächlich so, dass die Privatbesitzer der betroffenen Grundstückstücke nicht darauf aufmerksam gemacht worden sind. Er ist sich nicht sicher, wie dies in der Vergangenheit gehandhabt wurde. Die Gemeinde wird in Zukunft diesbezüglich jedoch genügend informieren.

Michael Günter möchte sich informieren, wie die Verkehrsführung während der Sanierung des K4 sein wird. Hat der Gemeinderat dafür bereits eine Planung? Wird der Verkehr über die Kosthausstrasse umgeleitet?

Cyrill Wiget weist darauf hin, dass das Projekt K4 den beiden Kommissionen Baukommission und Umwelt- und Sicherheitskommission vorgestellt wurde. Der Gemeinderat hat an der Vernehmlassung teilgenommen. Demnächst wird dies mit dem Kanton an einer Sitzung detaillierter besprochen.

Verena Wicki Roth hat in der Zeitung von den Einbrüchen in die Familiengärten in Kriens gelesen. Sind Massnahmen bezüglich der Sicherheit getroffen worden oder sind welche geplant?

Diese Häuser sind gemäss Cyrill Wiget natürlich gefährdet. Es gab seit längerem keine Einbrüche mehr, deshalb wurde speziell auf das hin nicht reagiert.

Vor einem Jahr wurde das Areal Mattenhof verkauft, so Michael Günter. Bis jetzt ist noch nicht viel passiert. Nun möchte der Sprechende wissen, wie der Stand des Projektes ist und ob es bereits interessierte Firmen gibt.

Matthias Senn führt aus, dass es aufgrund des Liegenschaftsberichts der Stadt Luzern eine Verzögerung gegeben hat. Falls der Stadtrat diesen Bericht genehmigt, kann der Verkauf des städtischen Grundstücks voraussichtlich Ende Januar 2014 im Grossen Stadtrat behandelt werden. Die Planungen gingen jedoch weiter. Die Mobimo will im ersten oder zweiten Quartal 2014 ein Baugesuch einreichen.

Daniel Piazza hat vernommen, dass die Vereine beim Schulhaus Amlehn nicht mehr auf dem Pausenplatz parkieren können, da eine Absperrkette installiert wurde. Wieso hat der Gemeinderat so gehandelt, ohne die Vereine darüber zu informieren.

Judith Luthiger-Senn führt aus, dass das Problem bestand, dass häufig Vereinsmitglieder parkiert haben ohne ein Ticket zu lösen. Eine interne Lösung war das Anbringen von Ketten auf den Pausenplätzen. Auf Anfrage von den Vereinen können diese Parkplätze weiter benutzt werden. Das Kommunikationsproblem zwischen der Gemeinde und den Vereinen muss noch gelöst werden. Sie sind im Gespräch und hoffen eine Lösung zu finden.

Michael Günter möchte zu seiner vorherigen Frage noch wissen, ob konkrete Interessenten vorhanden sind. Weiss der Gemeinderat von Firmen die dort hin wollen?

Matthias Senn ist nichts bekannt. Es wurde auch noch nichts unterzeichnet. Die Erdgeschossflächen laufen gut. Man stellt sich vor, dass z.B. eine Apotheke hineinkommt.

Roland Schwizer findet, dass das Hotel Himmelrich immer schön beleuchtet ist. Der neue Zonenplan sieht jedoch keine Lichtverschmutzung vor. Werden die schönen Lichter also bald nicht mehr leuchten?

Der Gemeinderat kümmert sich laut Cyrell Wiget natürlich um die Lichtverschmutzung. Sie sind zurzeit auch im Clinch mit dem Besitzer des Hotels Himmelrich. Für die Beleuchtung ist eine Bewilligung nötig. Die Girlande wurde auch bewilligt, aber die weitere Beleuchtung nicht. Es wird immer mehr Beleuchtung installiert, was die Gemeinde nicht bewilligt hat.

Roland Schwizer möchte zur Beantwortung seiner Frage nun noch wissen, ob das Hotel Himmelrich also ohne Bewilligung des Gemeinderates die Beleuchtung beibehält und der Gemeinderat nicht dagegen vor geht?

Cyrell Wiget führt aus, dass es sicher nicht ohne Konsequenzen ist. Die alte Beleuchtung wurde komplett entfernt, aber durch die ständigen Wechsel der Besitzer wurde Neues aufgehängt. Man ist daran, dass die nicht bewilligten Lichter wieder entfernt werden.

Rolf Schmid stellte fest, dass in der Turnhalle des Schulhauses Amlehn gerade mal 18 Grad herrschen. Gibt es dort ein Problem?

Judith Luthiger-Senn geht heute Nachmittag noch ins Schulhaus Amlehn. Sie stellt dann diese Frage direkt vor Ort.

## **2. Motion Tanner: Änderung der Finanzkompetenz des Gemeinderats in der Gemeindeordnung Nr. 035/13**

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung dieser Motion.

Beat Tanner stört sich sehr daran, dass der Gemeinderat eine Abhängigkeit zwischen seinem Vorstoss und den zwei weiteren Vorstössen, welche die Gemeindeordnung betreffen, sieht. Er versucht den Grund für die Einreichung dieses Vorstosses ohne Gesetzesbestimmungen zu erklären. Diese Änderung würde die laufende Rechnung sowie die Investitionsrechnung betreffen.

### **Investitionen**

Beat Tanner's Idee ist, dass Ausgaben in der Investitionsrechnung, welche mehr als 1 Mio. Franken kosten oder mehrjährig sind, neben dem Kredit via Budget, zusätzlich durch einen Bericht und Antrag vom Parlament bewilligt werden müssen. So soll das Parlament die Möglichkeit erhalten, inhaltlich mit zu diskutieren und Einfluss zu nehmen. Heute können Investitionen, welche unter 3,6 Mio. Franken liegen nur als Budgetposition und ohne Details mit dem Budget bewilligt werden. Man weiss nicht genau im Detail, für was genau die Mittel eingestellt sind. Würde der Einwohnerrat es wagen an einer Einwohnerratssitzung eine Kürzung vorzunehmen oder eine Investition zu streichen, würde der Gemeinderat es wohl nicht verstehen, da der Rat keine Ahnung vom Detail hat. Eine Kürzung wäre willkürlich, da keine Details bekannt sind. Dies mag für eine Kreditsumme von weniger als 1 Mio. Franken Sinn machen, aber sicher nicht für Beträge über 1 Mio. Franken. Heute muss der Gemeinderat erst ab einer Limite von

1/10 Einheit der Gemeindesteuern oder rund 3,6 Mio. Franken dem Parlament einen Bericht und Antrag einreichen. Die Stadt Luzern unterbreitet dem Grossen Stadtrat Ausgaben in der Investitionsrechnung bereits ab Fr. 750'000.00 und bei Planungskrediten ab Fr. 400'000.00 mit einem Bericht und Antrag. In der Praxis hat sich das sehr bewährt, da das Parlament inhaltlich mitbestimmen kann. Offenbar will der Gemeinderat nicht, dass der Einwohnerrat inhaltlich mitredet. Diese Änderung hätte aber auch den Vorteil, dass man flexibel agieren kann. Ist z.B. eine Schulhaussanierung absolut dringend und nötig, dann kann der Bericht und Antrag vorgezogen werden, ohne das Budget abzuwarten. Der Sprechende teilt die Befürchtungen betreffend Terminen vom Gemeinderat nicht, im Gegenteil die Flexibilität wäre grösser. Die Stadt Luzern hat diesbezüglich keinerlei negative Erfahrungen gemacht.

### **Laufende Rechnung**

Den Einfluss auf die laufende Rechnung hat der Gemeinderat in seiner Antwort gänzlich weglassen. Wieso weiss Beat Tanner auch nicht, aber das wird der Gemeinderat wohl heute noch erklären. Der Ausfluss seiner Idee ist, dass es bei neuen Ausgaben auf unbestimmte Zeit im freiwilligen Bereich, ab 1 Mio. Franken, einmalige und wiederkehrende Ausgaben x 10 Jahre, ebenfalls nur mit einem Bericht und Antrag bewilligt werden können. Wie muss man sich das vorstellen? Ein Beispiel dazu ist, dass die Gemeinde Kriens zwei Quartierbüros einrichtet.

#### **Einmalige Kosten:**

Infrastruktur (Büromöbel und PC)	Fr.	20'000.00
Inserate Stellenausschreibung	Fr.	5'000.00

#### **Wiederkehrende Kosten (x 10 Jahre):**

Besoldungen inkl. Sozialleistungen	Fr.	900'000.00
Miete Büros	Fr.	192'000.00
Büromaterial usw.	Fr.	25'000.00
<b>Totalkosten</b>	<b>Fr.</b>	<b>1'142'000.00</b>

Mit seiner beantragten Änderung müsste der Gemeinderat den Ausbau mit einem Bericht und Antrag beantragen. Das würde heissen, dass nicht gebundene Stellen ziemlich schnell durch den Einwohnerrat zu bewilligen wären. Heute können die Mehraufwendungen auf verschiedenen Konten budgetiert werden, ohne dass man das gross merkt. Danach sind die Kredite bewilligt, ohne dass inhaltlichen Einfluss genommen werden kann. Der Sprechende ist der Meinung, dass man in diesem Parlament sitzt um auch inhaltlich Einfluss zu nehmen und nicht Millionenkredite zu sprechen, wenn man nicht genau weiss, um was es inhaltlich geht. Solchen Globalkrediten kann Beat Tanner in Zukunft nicht mehr zustimmen, ohne die Details zu kennen. Es wären auch keine Vorstösse wie SIDOK mehr nötig, da so im richtigen Zeitpunkt inhaltlich Einfluss genommen werden kann. Auch die Sanierung des Schulhauses Gabeldingen wäre nach dem Sinn des Einwohnerrates umgesetzt worden. Eine Anpassung der Gemeindeordnung wäre wohl oder übel nötig, das muss es wert sein. Wer diese Motion ablehnt, nur weil er die Gemeindeordnung noch nicht anpassen will, verzichtet auf ein notwendiges Instrument die Finanzen nachhaltig zu steuern.

Der Gemeinderat ist laut Paul Winiker nicht in erster Linie wegen der Gemeindeordnung dagegen. Selbstverständlich widersetzen sie sich einer Anpassung der Gemeindeordnung nicht, wenn es nötig ist. Der inhaltliche Grund ist auch der, dass im Moment in einer Expertengruppe des Kantons die Erarbeitung eines Gesetzes über die Steuern und Finanzen der Gemeinden läuft. Der Kanton hat dies bereits gemacht. Im Oktober 2014 folgt die Vernehmlassung. Es wird dann ein klares Kreditrecht vorgesehen. Deshalb findet es der Gemeinderat nicht sinnvoll auf diese Motion einzusteigen, wenn nächstes Jahr dieses Projekt gestartet wird. Man muss dann schauen, was sich daraus ergibt. Ein Zeitdruck ist in diesem Bereich kein günstiges Vorgehen.

Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion hat gemäss Rolf Schmid das Geschäft ernst genommen. Die Beweggründe des Motionärs sind aus ihrer Sicht absolut nachvollziehbar. Es ist richtig, dass der Sonderkredit im § 84 des Gemeindegesetzes umschrieben ist. Er ist erforderlich für freibestimmbare Aufwände oder Ausgaben, welche den Ertrag einer Zehnteinheit der Gemeindesteuern übersteigen oder für mehr als ein Rechnungsjahr bewilligt werden sollen. Im Voranschlag 2014 ist ein Zehntel der Gemeindesteuern 3.75125 Mio. Franken. In diesem Artikel ist aber nicht die entsprechende Finanzkompetenz erwähnt. Erwähnt ist einzig im Absatz 3, dass der Gemeinderat über die Beanspruchung eine Kontrolle zu führen hat. In der Tabelle des Voranschlages 2014 sind die Finanzkompetenzen gemäss Gemeindeordnung aufgelistet. So kann der Einwohnerrat in eigener Kompetenz über weitere Geschäfte und Sonderkredite in der Höhe von Fr. 375'125.00 bis Fr. 1'500'500.00 befinden. Was höher liegt ist entweder dem fakultativen Referendum oder dem obligatorischen Referendum unterstellt. So gesehen kann also der Gemeinderat kein Geschäft oder keinen Kredit bewilligen, der die Fr. 375'124.00 übersteigt und nicht im Voranschlag aufgeführt war. Es sei denn, es handelt sich um einen bewilligten Sonderkredit. Hier liegt die Grenze bei 10 % des Kredits und max. Fr. 1'125'375.00. In der Summe aller vom Gemeinderat bewilligten Nachtragskredite liegt das Maximum bei eben diesen 3.75125 Mio. Franken. Das ist auch im § 37 der Gemeindeordnung so beschrieben. Im Einzelfall liegt die Finanzkompetenz aber tiefer. Es ist richtig, dass der Gemeinderat Finanzkompetenzen hat, die es erlauben, Aufträge rasch, kostengünstig, effizient und zielführend umzusetzen. Der Gemeinderat muss handlungsfähig sein. Es ist aber auch richtig, dass der Einwohnerrat die Ausgabenpolitik ausserhalb des Voranschlages kritisch prüft. Das Informatikprojekt SIDOK hat aufhorchen lassen. Aufgrund der fehlenden Transparenz und der mangelhaften Sensibilität des Gemeinderates stellen sich wirklich Fragen, ob der Gemeinderat seine Finanzkompetenzen eingehalten hat oder ob er da über die Stränge geschlagen hat. Hier hat die CVP/JCVP/GLP-Fraktion nach wie vor ihre Bedenken. Die Fraktion findet jedoch den jetzigen Zeitpunkt schlecht, die gemeinderätlichen Finanzkompetenzen zu hinterfragen und allenfalls anzupassen. Demnächst kommt das kantonale Projekt stark.lu, wie es Paul Winiker bereits erwähnt hat, in die Vernehmlassung, in welchem der Kanton auffordert, die Finanzkompetenzen der Gemeinde zu überarbeiten und bis Ende 2017 anzupassen. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion erwartet, dass der Gemeinderat rasch handelt, wenn die neuen Erlasse vorliegen. Aufgrund der anstehenden Entwicklung wäre eine kurzfristige Änderung der Gemeindeordnung jedoch Wasser in den Krienbach getragen. Aus diesem Grund stellt sich die CVP-/JCVP-/GLP-Fraktion gegen eine Überweisung der Motion Tanner.

Peter Portmann wird sich im Namen der SVP-Fraktion für die Motionen Tanner, Lammer und Fässler nicht einzeln äussern. Da diese drei Motionen eine Änderung der Gemeindeordnung bedürfen wird die SVP-Fraktion alle drei ablehnen. Die letzte Revision der Gemeindeordnung hat im Jahr 2007 stattgefunden. Sie sehen es als überflüssig bereits jetzt Teilrevisionen zu veranlassen, welche jeweils eine Volksabstimmung bedürfen. Ausserdem sehen sie die in den Motionen gestellten Forderungen nicht als dringlich. Die Motionäre oder ihre Parteien sollen bei der nächsten Revision der Gemeindeordnung diesbezüglich ihre Wünsche anbringen.

Gemäss Yanik Kloter ging es für die SP/Juso-Fraktion um die grundsätzlichen Fragen der Kompetenzaufteilung und des Vertrauens. Einerseits geht es auch darum, wie die Zusammenarbeit zwischen dem Einwohnerrat und dem Gemeinderat aussieht, aussehen kann oder aussehen sollte. Andererseits geht es um Kreditkompetenzen. Wie viel Handlungsspielraum, wie viele Entscheidungsfreiheiten liegen optimaler Weise beim Gemeinderat und ab wann möchten die Parlamentarierinnen und Parlamentarier gerne mitgenommen und in die Prozesse eingebunden werden? Die Motion läuft unter dem Motto „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“. Die SP/Juso-Fraktion kann darum die Anliegen und Bedenken des Motionärs nachvollziehen. Grössere Investitionen sollten nicht durch eine Etappierung des Projekts um den Einwohnerrat manövriert werden können. Für die Fraktion ist dabei aber nicht der absolute Betrag einer In-

vestition ausschlaggebend. Ob es sich um 1.1 Mio. Franken, 3.6 Mio. Franken oder 0.75 Mio. Franken handelt ist für sie an dieser Stelle nicht der zentrale Punkt. Primär geht es darum, dass die Tragweite der Investition, sprich die langfristigen Auswirkungen auf die Gemeinde, für die SP/Juso-Fraktion eine sehr grosse Relevanz hat. Projekte, welche sich über eine gewisse Zeit hinziehen und zu grösseren Verschiebungen oder Veränderungen führen oder wiederkehrende Kosten verursachen, sollten mit dem Einwohnerrat diskutiert werden und somit auch eine demokratische Legitimierung erfahren. Es kann nicht sein, dass die Gemeinde sich umstrukturiert und das Parlament davon nichts weiss oder keine Details kennt. Schlussendlich geht es aber um eine Vertrauensfrage. Alleingänge des Gemeinderates liegen momentan nicht drin. Es gilt den Weg des Auf- und Umbruchs gemeinsam zu beschreiten, um den Krienser Finanzhaushalt zu sanieren und die Gemeinde Kriens als qualitative und attraktive Wohn- und Arbeitsgemeinde in der Agglomeration Luzern zu etablieren. Zurzeit versucht man die Umsetzung der kantonalen Vorgaben, wie das zweite Kindergartenjahr, Integrative Förderung, Auslagerung der Heime und Installation einer Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, zeitgleich und parallel mit der Neuausrichtung der Gemeinde zu meistern. Für dieses Unterfangen braucht es ein gegenseitiges Vertrauen. Allen Anwesenden sollte das Wohl der Gemeinde Kriens am Herzen liegen und darauf sollte man sich auch fokussieren. Die SP/Juso-Fraktion unterstützt den Gemeinderat indem sie ihm zum jetzigen Zeitpunkt keine Gesamtüberarbeitung der Gemeindeordnung auferlegen möchte. Nach ihrer Meinung hat eine Sensibilisierung des Gemeinderates stattgefunden. Die Regierung ist sich dem Willen des Parlaments, ebenfalls Einfluss auszuüben, bewusst. Die Kommunikation und Zusammenarbeit ist daher entscheidend, nicht nur mit dem Einwohnerrat, sondern auch mit der Krienser Bevölkerung. Der Gemeinderat und seine Mitarbeitenden arbeiten unter hohem Druck und es liegt auch im Wesen der Amtsausführung unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Gerade jetzt wo Dynamik und Mut gefragt ist, möchte die SP/Juso-Fraktion deswegen die Spielregeln nicht grundlegend verändern und lehnt die Überweisung der Motion Tanner mehrheitlich ab.

Die Grüne/JG-Fraktion kann gemäss Erich Tschümperlin einiges abgewinnen und steht dem Vorstoss nicht abgeneigt gegenüber. Trotzdem bittet die Grüne/JG-Fraktion, diesen nicht zu überweisen. Der Grund dafür ist, weil es für eine Änderung der Gemeindeordnung einfach zu früh ist. Nach erst fünf Jahren haben diesen Vorstoss und die folgenden Vorstösse einfach nicht die Fallhöhe und die Wichtigkeit für eine Revision der Gemeindeordnung. Sowohl für das Volk, als auch für die Grüne/JG-Fraktion ist eine gewisse Konstanz und Rechtssicherheit wichtig. Und wenn eine Revision angegangen wird, wird das ein richtig grosses Geschäft, was auch stark belastet. Da werden sehr viele Änderungsanträge auf den Tisch kommen inkl. Vernehmlassungen, etc. Alle diejenigen, welche an der letzten Gemeindeordnung in Kommissionen und im Rat mitgearbeitet haben, wissen was das bedeutet. Zudem hat eventuell die Umsetzung und Einführung von HRM2, bei der Finanzkompetenz auch noch Auswirkungen. Auch darum ist es wohl besser noch zuzuwarten. Dieses Fall soll nicht aufgemacht werden, sondern es sollen noch Erfahrungen mit dieser jungen Gemeindeordnung gesammelt werden und erst dann eine Revision angehen, wenn diese auch vernünftig eingeplant werden kann. Ein solches Vorhaben muss in eine Jahresplanung aufgenommen werden und mit anderen Projekten abgestimmt werden. Mit dem Zentrum, Eichhof West, Luzern Süd und der Sanierung der Finanzen, um nur einige zu nennen, stehen dem Einwohnerrat und der Verwaltung noch grosse Brocken bevor. Aus diesem Grund lehnt die Grüne/JG-Fraktion diese Motion sowie auch die folgenden Motionen Nr. 037/2013 und Nr. 043/2013 einstimmig ab. Wenn dann die Revision in Angriff genommen wird, werden sie diesen Vorstoss und auch den Vorstoss Nr. 043/2013 sicher genau prüfen und allenfalls unterstützen.

Daniel Piazza führt im Namen der FGK aus, dass diese drei zusammenhängenden Vorstösse am 19. Juni 2013 diskutiert wurden. Die FGK hat diese Vorstösse, entsprechend dem Gemeinderat, abgelehnt.

Die Geschäftsleitung hat laut Peter Portmann eingehend über diese Vorstösse diskutiert. Die Gemeindeordnung unterliegt dem obligatorischen Referendum und ist erst fünf Jahre alt. Die Geschäftsleitung findet, dass es für eine Änderung zu früh ist. Sie folgt der Argumentation des Gemeinderates, dass eine Gesamtrevision sehr aufwändig ist und viele Ressourcen benötigt. Man muss sich bewusst sein, dass eine solche Revision nicht schnell gemacht werden kann.

Martin Heiz führt aus, dass im Budget 2014 bei den Investitionen für die Sanierung und Anbau Amlehn ein Riesen-Betrag aufgeführt war. Von der FDP kam zu diesen 3 Mio. Franken jedoch keine Frage oder einen Antrag. Der Sprechende hat aufgrund des Vorstosses erwartet, dass die FDP-Fraktion zu diesem Posten opponieren wird. Die Argumentation die Beat Tanner nun bringt, hätte beim Budget gebracht werden sollen. Dieser Posten hätte gestrichen werden können. Der Gemeinderat hätte somit einen Bericht und Antrag einreichen müssen. Die BK hat diesen Posten angeschaut und werden über dieses Projekt informiert, sobald es fertig ist. Die Mitglieder des Einwohnerrates können jeden Budgetposten streichen, wenn man das Gefühl hat, dass mit der Finanzkompetenz etwas nicht stimmt. Es ist der Job des Rates bei gewissen Sachen zu intervenieren. In den Fraktionen und den Kommissionen kann man sich informieren und dies muss genutzt werden.

Beat Tanner meint, dass die Wichtigkeit dieses Vorstosses unterschätzt wird. Wenn er den Voten zuhört, ist er sich nicht sicher, ob man seine Motion verstanden hat. Die Auswirkung auf die laufende Rechnung hat niemand wirklich verstanden. Es wurde nur von den Investitionen gesprochen. In Bezug auf den Hinweis von Paul Winiker, dass ein Gesetz ausgearbeitet wird, ist richtig. Dieses wird im Jahr 2018 eingeführt. Die Limiten müssen von den Gemeinden jedoch wieder selber gesetzt werden. Der Kanton schreibt dies nicht vor. Ein Beispiel dazu ist der Umbau des Schulhauses Gabeldingen. Es wurde komplett umgebaut und jetzt wo diese Umbauten abgeschlossen sind, muss die Heizung erneuert werden. Er fragt sich, wieso dies nicht zusammen mit dem Umbau gemacht wurde. Zu der Aussage von Martin Heiz möchte er festhalten, dass sie zu diesem Posten nichts gesagt haben, da es gemäss der heutigen Gemeindeordnung gesetzeskonform ist. Es muss ja nicht die ganze Gemeindeordnung überarbeitet werden, sondern nur ein Artikel.

Bruno Bienz hat die Motion und das Votum von Beat Tanner schon verstanden. Es geht ihm nicht um den Inhalt. Die Problematik liegt darin, dass er sagt, dass nur ein Artikel angepasst werden muss. Das stimmt aber nicht. Es kommen immer mehr dazu. Es ist ein Fass ohne Boden. Die Verwaltung wird so noch mehr belastet und der Einwohnerrat auch. Man muss einen Schlusstrich ziehen und dies langsam angehen. Im jetzigen Zeitpunkt ist er nicht dafür.

Paul Winiker hat die Finanzplanung und das Budget angeschaut. In den nächsten Jahren spricht man nur von etwa 3-4 Projekten in diesem Umfang. Er bittet darum, dass die Kommissionen dies genau prüfen. Die Heizung im Gabeldingen wurde aus unternehmerischer Sicht nicht mit dem Umbau zusammen gemacht. Es war zwar klar, dass diese bald ersetzt werden muss, aber sie haben darauf gewartet bis sie den Geist aufgibt. Es bestand auch ein Zeitdruck, da das Schulhaus so schnell wie möglich wieder in Schuss gebracht werden musste.

**Abstimmung über die Überweisung der Motion Tanner: Änderung der Finanzkompetenz des Gemeinderats in der Gemeindeordnung (Nr. 035/13):**

Die Motion wird mit 23:7 Stimmen bei 1 Enthaltung nicht überwiesen.

Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Bieri, Esther	nein
Camenisch, Râto	ja
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	nein
Gartmann, Hans	ja
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	nein
Hahn, Alex	ja
Heini, Martin	nein
Heiz, Martin	nein
Kloter, Yanik	Enthaltung
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	nein
Meyer, Pascal	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwizer, Roland	nein
Takacs, Fabian	nein
Tanner, Beat	ja
Trüb, Paul	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wicki Roth, Verena	nein
Zosso, René	nein

**3. Motion Lammer: Reduktion der Anzahl Mitglieder Einwohnerrat  
Nr. 037/13**

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung dieser Motion.

Thomas Lammer hat bei der vorherigen Motion gesehen, dass kein Veränderungsbedarf da ist. Er selber war in der Kommission, wo die Gemeindeordnung vorbereitet wurde. Er weiss, dass dies ein grosser Aufwand ist. Die FDP hat sich bereits im Abstimmungskampf zur neuen Gemeindeordnung im Jahre 2007 aktiv gegen eine Erhöhung des Einwohnerrates eingesetzt. Tatsächlich ist die damals nur vermutete Zunahme von Vorstössen auch eingetreten. So wurden in den Jahren 2005 bis 2007 rund 100 Vorstösse eingereicht. Das war vor der Erhöhung der Anzahl Mitglieder im Einwohnerrat. In der Periode 2009 bis 2011, also nach der Erhöhung wurden sage und schreibe 170 Vorstösse eingereicht. Das ist immerhin eine Zunahme von 70 %. Bei dieser Betrachtung hat Thomas Lammer die Wahljahre bewusst ausgeklammert. Die Erhöhung der Anzahl Parlamentsmitglieder in Kriens erfolgte eigentlich zu einem Zeitpunkt, als andernorts genau die gegenteilige Entwicklung stattfand. Nämlich die Verkleinerung der Parlamente. Bei der Erhöhung wurde damals vor allem die breitere und bessere politische Abstützung als Argument für eine Erhöhung angeführt. Man erhoffte sich, dass kleinere politische Gruppen den

Sprung ins Parlament schaffen würden. Ironischerweise verabschiedete sich dann bei den Wahlen 2008 mit der Chance 21 die letzte echte Politgruppierung, welche nicht einer etablierten Partei zuzuordnen ist. Bei den Wahlen im Jahr 2012 kam dann frischer Wind in den Einwohnerrat, indem viele Junge den Sprung ins Parlament schafften. Diese gehören aber alle zu den Jungsektionen von etablierten Parteien im Einwohnerrat und machen die gleiche Politik wie ihre älteren Fraktionsmitglieder. Unter Vielfalt versteht der Sprechende da etwas anderes. Einzige Ausnahme war ein Mitglied der neu in Kriens gegründeten GLP. Ob eine Reduktion des Einwohnerrates dazu führen würde, dass keine jungen in den Einwohnerrat gewählt würden, ist aber reine Spekulation. Fakt ist einzig, dass beispielsweise die SP und die Grünen mit der Erhöhung der Einwohnerratsmitgliederzahl an Stimmkraft eingebüsst haben, da ihre Sitzzahl unverändert blieb. Es ist natürlich richtig, dass das Volk bereits über die Gemeindeordnung abgestimmt hat und damit auch über die Frage, ob die Mitgliederzahl erhöht werden soll. Leider wurde diese Fragestellung bei der damaligen Abstimmung nicht separat gestellt. Thomas Lammer ist überzeugt, dass eine Reduktion der Einwohnerratsmitglieder auf 30 bei einer Volksabstimmung grosse Chancen hätte. Ein Indiz dafür ist die im Vorfeld der Abstimmung vorgenommene Vernehmlassung zur neuen Gemeindeordnung. Dort haben sich 73 Privatpersonen gegen eine Erhöhung ausgesprochen. Nur 27 Private sprachen sich für eine Erhöhung aus. Man soll sich jetzt nicht verschliessen und soll gemäss den demokratischen Grundrechten das Volk entscheiden lassen. Denn 30 Einwohnerräte machen ihre Arbeit nicht schlechter als 36. Sie setzen sich auch nicht weniger mit den Geschäften auseinander. Auch wenn diese Motion heute abgelehnt wird, wird die FDP in dieser Fragestellung am Ball bleiben. Thomas Lammer denkt jedenfalls, dass die Fragestellung einer Reduktion vor dem Stimmvolk eine gute Chance zur Annahme hätte.

Gemäss Paul Winiker ist die Grösse des Parlaments eine politische Frage von Repräsentativität. Die Parlamente der Nachbargemeinden haben auch 30, 40 oder 65 Mitglieder. Die eingereichten Vorstösse sind aber auch nicht proportional auf die Mitglieder aufzuteilen. Es gibt aktivere und weniger aktive Mitglieder. Mit der neuen Gemeindeordnung wurde die Schulpflege ersetzt und der neu geschaffenen BiK übergeben. Weiter wurde die BRK neu geschaffen, die auch mit Mitgliedern des Parlaments besetzt wurde. Nach den politischen Aspekten wie repräsentativ das Parlament sein muss, geht es auch um die Arbeitsverteilung in den Kommissionen.

Die FGK hat laut Daniel Piazza diesen Vorstoss auch an der Sitzung vom 19. Juni 2013 besprochen. Zu diesem Vorstoss haben sie auch einstimmig nein gesagt.

Peter Portmann hat im Namen der Geschäftsleitung keine Ergänzungen. Das Votum des vorigen Traktandums bezieht sich auf alle drei Vorstösse die die Gemeindeordnung betreffen.

Gemäss Verena Wicki-Roth ist die CVP/JCVP/GLP-Fraktion der Meinung, dass die bisherige Anzahl Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte so bleiben soll, wie es jetzt seit gut fünf Jahren gilt. In einem Aushandlungsprozess wurde die neue Gemeindeordnung diskutiert und beschlossen. Das Volk hat darüber abgestimmt. Mit der Erhöhung der Einwohnerratssitze auf 36 wurde dem Bevölkerungszuwachs und der Vielfalt der Bevölkerung Rechnung getragen. Der Gemeinderat hält aus ihrer Sicht richtig fest, dass mit der Einführung der neuen Ratszusammenstellung sich die Palette tatsächlich erweitert hat und namentlich die Jungparteien einen Sitz im Rat gefunden haben. Das begrüsst die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ausserordentlich. So ist es möglich, dass unterschiedliche Bedürfnisse aus der Bevölkerung in ihrer ganzen Bandbreite im Rat besser vertreten werden können. Dies ist die Stärke der Demokratie, die unterschiedlichen Gruppierungen und Interessen durch die Wahl ihrer Ratsmitglieder eine Stimme verschafft. Somit lehnen sie die Motion ab.

Peter Portmann führt nochmals aus, dass die SVP-Fraktion alle drei Vorstösse ablehnen wird.

Diese Motion ist laut Mario Urfer für die SP/Juso-Fraktion ein Affront an den demokratischen Grundrechten der Bürgerinnen und Bürger von Kriens. Die Begründungen des Motionärs verhalten nicht und sind wiederlegbar, wie es der Gemeinderat ausführt. Die heutige Anzahl Mitglieder hat sehr wohl zur Ausweitung der Bürgermeinungen im Einwohnerrat geführt. Nur dank der heutigen Anzahl Ratsmitglieder ist es möglich, dass die beiden Jungparteien Juso und Junge Grüne und die neue Grünliberale Partei seit den Wahlen 2012 Einsitz im Einwohnerrat haben. Dies ergibt ein völlig neues und vielfältigeres Meinungsspektrum im Rat. Erstaunlich ist, dass die Präsidentin von der Jungpartei, nicht lauthals opponiert gegenüber der Mutterpartei des Motionärs. Denn mit dieser Motion schlägt er auch den Jungen die Tür ins Parlament zu. Die rechtsbürgerlichen Parteien FDP und SVP hatten in der letzten Legislatur meistens eine komfortable Mehrheit im Rat. Ihre Anliegen konnten sie meistens problemlos durchwinken. Seit den letzten Wahlen hat dies nun geändert. Immer wieder ist zu beobachten, ob bei Spiel, Sport oder Politik, wenn eine Partei nicht gewinnt, sollen die Spielregeln zu ihren Gunsten geändert werden. Zu den vermehrten Vorstössen ist folgendes zu sagen. Die Ironie der Geschichte ist, dass heute alles Vorstösse behandelt werden, welche mehrheitlich von der FDP eingereicht wurden. Auch im Amtsjahr 2011-2012 hat die FDP am meisten Vorstösse eingereicht. Im neuen Amtsjahr halten sich die drei grossen Fraktionen die Waage. Dies möchte die SP/Juso-Fraktion aber nur werten im Zusammenhang mit der Motionsbegründung. Weniger Ratsmitglieder führen nicht zwingend zu weniger Geschäften. Die Vorstossmenge ist wohl eher im Zusammenhang mit der Fraktionsstärke zusehen als der Anzahl der Einwohnerratsmitglieder. Der Motionär möchte eine Reduktion der Vorstösse bewirken um die Verwaltung zu entlasten. Aber genau mit dieser Motion über die Änderung der Gemeindeordnung würde die Verwaltung mit viel Mehraufwand belastet. Die Gemeindeordnung ist sicher nicht in Stein gemeisselt, aber alles zu seiner Zeit. Zur Rekrutierung ist zu sagen, dass die Arbeitsbelastung der Ratsmitglieder in den Kommissionen und im Rat schon heute sehr hoch ist. Die SP/Juso-Fraktion ist froh, dass sie die Aufgaben auf mehrere Köpfe in ihrer Fraktion verteilen können. Sie sind überzeugt, dass bei weniger Ratsmitgliedern der Einzelne mehr parlamentarische Arbeit zu verrichten hat. Deshalb ist es ein Trugschluss zu glauben, dass die Rekrutierung von Kandidierenden für die Einwohnerratswahlen mit der Reduktion einfacher wird. Haupteinwand für eine Kandidatur ist heute in den meisten Fällen die zeitliche Verfügbarkeit. Bei einer Reduktion muss sich diese zeitliche Verfügbarkeit zwangsweise pro Mitglied erhöhen, was das Rekrutieren wiederum schwieriger macht. Deshalb lehnt die SP/Juso-Fraktion die Überweisung der Motion ab.

Gemäss Fabian Takacs von der Grünen/JG-Fraktion ist die Aussage des Motionärs schlichtweg falsch, dass die Erhöhung der Anzahl Einwohnerratsmitglieder nicht zu einer Ausweitung der Vertretungen geführt hat. Das angeblich verfehlte Ziel war ja mitunter die Argumentationsgrundlage für die Ausdehnung auf 36 Sitze. Noch nie sind so viele junge Politiker und Politikerinnen in diesem Parlament gewesen. Das Durchschnittsalter ist auf ein Rekordtief gefallen. Es befinden sich drei neue Parteien, in Form der Juso, Jungen Grünen und GLP in diesem Parlament. Endlich ist die lange angesagte und erhoffte Partizipation von Jungen in der Realpolitik verwirklicht worden. Fünf engagierte Jungpolitiker und Jungpolitikerinnen vertreten die Meinung ihrer Parteien. Will man diesen frischen Wind jetzt wieder aus dem Parlament entfernen und wieder die alte Ordnung aufleben lassen? Nach dem Motto „Zurück in die Vergangenheit“. Nein, das will man sicherlich nicht. Die Erweiterung um sechs Sitze war gut und hat neuen Kreisen ermöglicht politisch zu partizipieren. Diese Forderung nach einer Reduktion ist billiger Populismus zu Lasten der Demokratie. Der Motionär schreibt weiter, dass mehr Mitglieder zu mehr Vorstössen führen. Dass beim Motionär und seiner Partei so wenig Verständnis für die Demokratie vorhanden ist, findet der Sprechende tragisch. Es ist der Sinn, eines Parlamentes Vorstösse zu produzieren. Darum ist es auch sinnvoll, dass die FDP selber zu den Spitzenreitern gehört. Hier von Kostensenkungspotential zu reden, ist eine Farce gegen die Demokratie.

Der Motionär schreibt weiter, dass die Kandidatensuche sich bei den meisten Parteien erschwert hat. Die logische Konsequenz daraus ist, dass jene Parteien, die Probleme beim Suchen haben, einmal ihre Politik überdenken und sich fragen sollen, warum sie keine Leute für ihre Fraktion finden. Wenn die FDP ihre Sitze zur Verfügung stellen möchte, können sie das gerne machen. Hinzukommt, dass eine Reduktion der Anzahl Sitze mit einer Steigerung der Belastung einzelner Ratsmitglieder und Ratsmitgliederinnen einhergeht. Wenn weniger Leute hier sind, muss die Arbeit von weniger Leuten übernommen werden. Diese Erhöhung des Drucks kann man sich ersparen. Wer zu dieser Motion ja sagt, muss sich nie mehr überlegen, wie man junge Menschen dazu bringt, sich politisch zu engagieren. Die Grüne/JG- Fraktion sagt Nein zu dieser Motion.

Pascal Meyer findet, dass Thomas Lammer mit diesem Vorstoss aktiv gegen alle neu gewählten Jungpolitiker vorgeht. Eines ist klar, Verlierer einer Reduktion der Einwohnerratsmitglieder sind die kleinen Parteien. Unter dem Vorwand den Rat effizienter zu gestalten, möchte Thomas Lammer einen grösseren Pool an Meinungen verhindern. Doch genau diesen grösseren Pool an Meinungen macht die Glaubwürdigkeit eines Parlamentes aus. Sie ist das eigentliche Ziel. Das Volk verliert das Vertrauen und der Einwohnerrat folglich die Legitimation über die Zukunft der Krienserinnen und Krienser zu entscheiden. Einwohnerräte sind Volksvertreter. Einwohnerräte dienen dazu, Volksmeinungen zu absorbieren und diese in geballter Form als Vorstoss im Parlament wiederzugeben. Wenn Thomas Lammer nun die jungen und kleinen Parteien aus dem Parlament verbannt, verliert der Einwohnerrat massiv an Glaubwürdigkeit. In seiner noch jungen Politkarriere hat der Sprechende leider zu selten beobachtet, dass ein „alter“ Politiker Grabenkämpfe überwinden kann, auch wenn dies gerade während den Wahlen seine grösste Stärke zu sein scheint. Die Jungen können das noch. Davon ist Pascal Meyer überzeugt. Wichtig ist natürlich, dass man als Jungpolitiker von diesem Fakt auch Gebrauch macht. Nur Knopfdrückpolitik reicht nicht. Folglich plädiert er genau für das Gegenteil was Thomas Lammer erreichen will. Die Jungpolitiker sollen unbedingt mehr Vorstösse machen, mehr Wortmeldungen haben und somit ihre Vorteile nutzen. Wenn heute ein Jungpolitiker oder eine Jungpolitikerin für das Anliegen der FDP stimmt, dann höchstens weil er oder sie schon ins Fahrwasser der Alten geraten ist. Dafür sind aber nicht jungen Politiker nicht gewählt worden. Junge müssen eben gerade den Mut haben anders zu denken. Sie können es auch. Ein Parlament ist nicht an seiner Effizienz zu messen, sondern an seiner Vielschichtigkeit der gewählten Volksvertreter.

Daniel Piazza möchte vorab zur Diskussion sagen, dass am 30. Mai und 31. Mai 2007 eine zweitägige Sitzung zur Gemeindeordnung stattgefunden hat. Die zweite Lesung dazu fand am 13. September 2007 statt. Der Sprechende hat nachgezählt, dass damals neun Personen aus dem heutigen Rat dabei waren. Also ist es legitim, dass diese Diskussionen geführt werden. Der Rat hat sich stark verändert. Daniel Piazza war im Jahr 2007 mit Abstand der Jüngste im Einwohnerrat. Die JCVP hat seit 1983 einen Sitz im Einwohnerrat. 25 Jahre davon in einem 30er-Parlament. Die Anzahl Sitze war für die JCVP nicht entscheidend, ob es 30 oder 36 Sitze hatte. Es ist deshalb keine Begründung, diesen Vorstoss nicht zu unterstützen, damit man seinen Sitz nicht verliert. Wenn man zurückschaut hat man das Ziel verfolgt mehr Junge in die Politik zu holen. Im Jahr 2008 hat es noch nicht geklappt. Im Jahr 2012 hat es dann eingeschlagen wie eine Bombe. Zwei Personen waren auf Junglisten und zwei Junge auf einer Liste der Mutterpartei. Daniel Piazza lässt einen Teil des JCVP-Votums von der 2. Lesung vom 13. September 2013 sprechen:

*„Denn damit kann die Hürde gesenkt werden, so dass gerade auch die kleinen Parteien, die sehr oft eben Jungparteien sind, eine grössere Chance haben, am politischen Leben aktiv und mittendrin – eben im Einwohnerrat – teilzunehmen. Die JCVP ist überzeugt, dass dies eine Einladung des Gremiums, wie es heute dasteht, ist, die Jungen vermehrt in die Politik miteinzubeziehen. Der Sprecher glaubt, dass es für die jüngeren Leute viel motivierender ist, wenn sie nach der nächsten Einwohnerratswahlen folgende Schlagzeilen in der Zeitung lesen können:*

*"Sensation in Kriens – neu sind drei Jungparteien im Einwohnerrat vertreten!" Der Sprecher bittet den Einwohnerrat, der jungen Generation mit der Unterstützung des Antrags zu helfen. Sie wird es verdanken."*

Daniel Piazza meint, dass es bei den Neuwahlen 2012 Überzeugungsarbeit gebraucht hat und freut sich umso mehr, dass es dann für die Mehrheit der Jungen gereicht hat. Er freut sich auch, dass er nun nicht mehr der Jüngste im Rat ist.

**Abstimmung über die Überweisung der Motion Lammer: Reduktion der Anzahl Mitglieder Einwohnerrat (Nr. 037/13):**

Die Motion wird mit 26:4 Stimmen bei 1 Enthaltung nicht überwiesen.

Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Bieri, Esther	nein
Camenisch, Rätö	Enthaltung
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	nein
Gartmann, Hans	ja
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	nein
Günter, Michael	nein
Hahn, Alex	ja
Heini, Martin	nein
Heiz, Martin	nein
Kloter, Yanik	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	nein
Meyer, Pascal	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwizer, Roland	nein
Takacs, Fabian	nein
Tanner, Beat	ja
Trüb, Paul	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wicki Roth, Verena	nein
Zosso, René	nein

**4. Motion Fässler: Obligatorisches Referendum für Änderung Steuerfuss Nr. 043/13**

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung dieser Motion.

Peter Fässler ist der Letzte dieser 3-er Gruppe von denen es in ihrem Vorstoss um die Gemeindeordnung geht. Für ihn ist die ablehnende Haltung des Gemeinderates nachvollziehbar. Vor allem deshalb, weil nicht das Anliegen grundsätzlich abgelehnt wird. Es ist der verfrühte Zeitpunkt für eine Überarbeitung der Gemeindeordnung. Er begrüsst es, dass der Gemeinderat

im Falle einer Überweisung eines oder weiterer Geschäfte die Überarbeitung der Gemeindeordnung verlangt, auf seine Motion zurückgreifen wird. Somit zieht Peter Fässler seine Motion zurück, nachdem die beiden anderen Geschäfte betreffend der Gemeindeordnung abgewiesen wurden.

## **5. Postulat Hahn: Liberales Reglement REAL in Bezug auf Gebindevorschriften Nr. 040/13**

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf ist der Gemeinderat für Überweisung dieses Postulats.

Sie stellt fest, dass der Überweisung nicht opponiert wird. Es gibt jedoch noch eine Wortmeldung.

Alex Hahn zieht sein Postulat zurück. Aufgrund des Zeitungsberichts über REAL, dass das Reglement liberalisiert wird, ist die FDP-Fraktion zur Ansicht gekommen, dass sie dies akzeptieren. REAL hat natürlich nicht allen Wünschen entsprochen. Es ist aber ein stetiges Geben und Nehmen. Deshalb zieht er seinen Vorstoss zurück.

Patrick Koch findet, dass Alex Hahn das Parlament vorher über den Rückzug hätte informieren sollen. Dann hätte man sich nicht darauf vorbereiten müssen.

## **6. Postulat Zosso: Kartonsammlung durch REAL Nr. 041/13**

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf ist der Gemeinderat für Überweisung dieses Postulats.

Da der Überweisung nicht opponiert wird ist das Postulat überwiesen.

## **7. Beantwortung Interpellation Schwizer: Jugend und Politik Nr. 042/13**

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Christine Kaufmann-Wolf fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Roland Schwizer wünscht eine Diskussion.

Christine Kaufmann-Wolf stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Roland Schwizer beginnt mit einem Zitat: *"Im Hause muss beginnen, was leuchten soll im Vaterland"*. Bereits Gottfried Keller wusste, dass man den eigenen Nachwuchs pflegen und schulen muss, damit eine nächste Generation den Staat mitträgt. Der Bericht des Gemeinderates ist sehr ernüchternd und lässt darauf schliessen, dass der politische Nachwuchs nicht sehr stark

gefördert werden kann. Mit dem Prinzip Hoffnung baut man darauf, dass bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit dem fortschreitenden Alter das Interesse an der Politik sich von selber einstellt. Passend dazu wurde heute unter dem Traktandum 3 über die Verkleinerung des Einwohnerrates debattiert. Irgendwie macht dies auch Sinn, denn immer mehr Parteien haben Mühe, genügend geeignete Kandidaten für die verschiedenen Chargen innerhalb der Parteien zu finden. Ist es richtig diese Politverdrossenheit zu akzeptieren? Der Einwohnerrat beschäftigt sich mit Themen, die sehr wohl für junge Erwachsene interessant wären. Mit der Zentrumsplanung zum Beispiel wird ein Projekt aufgegleist, das für die nächste Generation gestaltet wird. Wo und wie sind hier die künftigen Einwohnerinnen und Einwohner sowie Steuerzahler von Kriens eingebunden? Die Jungparteien mit ihren Vertretungen können nicht das Sprachrohr für alle jungen Krienserinnen und Krienser sein. Und auch sie kämpfen um Akzeptanz und finanzielle Mittel. Anlässlich der letzten Einwohnerratssitzung besuchte eine Oberstufenklasse die Sitzung und hat 1:1 erlebt, wie Politik gemacht wird. Hier könnte der Sprechende sich vorstellen, dass die Krienser Schulen besser in die Information über politische Prozesse eingebunden werden könnten. Das Jugendparlament der Stadt Luzern feiert in diesen Tagen Jubiläum. Auch das wäre ein Ansatz, den man auch für Kriens durchdenken müsste. Roland Schwizer dankt dem Gemeinderat für den umfassenden Bericht, der die Realität leider sehr genau abbildet.

Das USD hat sich gemäss Cyrrill Wiget die Mühe gemacht dies intern zu überprüfen. Es ist nicht ganz so wie es Roland Schwizer zitiert hat. Es gibt junge Menschen die sich für Politik interessieren und die es auch ins Parlament geschafft haben. Man kann aber nicht zu den Jugendlichen gehen und sie dazu zwingen Politik interessant zu finden. Die Jugendanimation versucht den Jugendlichen die Partizipation näher zu bringen.

Die SP/Juso-Fraktion findet gemäss Esther Bieri, dass es ernüchternd ist, dass die Quote der Politikinteressierten, laut der Studie von Andreas Ladner, erst im Alter von 36 Jahren steigt. Wie gelingt es trotzdem, Jugendliche ins Boot zu holen? Politik ist lebhaft, emotional und spannend. Wie kann man dies den Jungen zeigen? Alle können als Väter, Mütter, Götti, Vorgesetzte, Nachbarin Vorbilder sein. In all diesen Rollen kommt man in Kontakt mit Jugendlichen. Wenn ihnen zugehört wird, wo der Schuh drückt, haben es die Einwohnerratsmitglieder in der Hand, Vorstösse in ihrem Sinn zu machen. So kann den Anliegen der Jungen Gehör verschafft werden. Ein SMS genügt, um ihnen mitzuteilen, wann der Vorstoss im Rat debattiert wird. Esther Bieri ist überzeugt, dass an dem Tag das Durchschnittsalter auf der Tribüne massiv sinkt. Apropos Tribüne. An der letzten Einwohnerratssitzung vom 7. November ist eine Klasse der 3. Sek. vom Schulhaus Roggern auf der Tribüne gewesen. Die Sprechende hat sich über diesen Besuch sehr gefreut. Deshalb hat sie eine Karte vorbereitet, worin sie genau das aufgeschrieben hat. Sie ist adressiert an die Klasse der 3. Sek Schulhaus Roggern. Diejenigen, die unterschreiben möchten, dürfen gerne. Es wäre ein Zeichen dafür, dass der Einwohnerrat und der Gemeinderat das Interesse dieser Jugendlichen schätzt. Der Krienser Einwohnerrat bringt auch vier augenfällige Beispiele hervor: Fabian Takacs, Mara Dalla Bona, Pascal Meyer und Yanik Kloter. Sie sind sichtbar, für die Jugendlichen und damit Vorbilder. Es braucht Platz für Junge. Die SP/Juso-Fraktion ist zwar ernüchtert über die Beantwortung, kann dem aber folgen.

Bruno Bienz findet im Namen der Grünen/JG-Fraktion, dass man schon etwas machen kann, wie z.B. über die Schulen. Die Lust zu politisieren muss über die Schule laufen. Es soll nicht nur die trockene Materie wie das Säulenprinzip vermittelt werden. Die Klassen sollen einem Parlament beisitzen, egal ob auf der Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene oder auch in Allen. Die Jugendlichen müssen mit praktischen Sachen abgeholt werden und nicht mit Büffeln.

Yanik Kloter hat vorher als Einziger nichts gesagt. Er glaubt das Interesse an Politik ist sehr wohl vorhanden. Die Juso hat stetigen Zuwachs. Erst kürzlich wurde die Juso im Tagesanzeiger als initiativfähigste Partei bezeichnet. Es gibt viele Leute die Interesse haben und ihre Mei-

nung kundtuen wollen. Es ist die Aufgabe von den Parteien interessante Politik zu betreiben. So soll man Personen für die Politik sensibilisieren. Er sieht nicht, dass das Interesse von anderen Stellen vermittelt werden muss.

## **8. Motion Fässler: Umsetzung Massnahmen aus „Wir sind Kriens“ Nr. 044/13**

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung dieser Motion. Er würde das Begehren aber als Postulat entgegennehmen. Ist der Motionär bereit, den Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln?

Gemäss Martin Heini ist die SP/Juso-Fraktion der Meinung, dass diese Motion als Postulat überwiesen wird. Er spricht als Vertreter von Peter Fässler.

Christine Kaufmann-Wolf stellt fest, dass gegen die Überweisung opponiert wird.

Martin Heini ist der Meinung, dass der Gemeinderat schon viel gemacht hat. Deswegen möchte die SP/Juso-Fraktion die Motion als Postulat überweisen lassen. Er dankt dem Gemeinderat dafür, dass die Ergebnisse in den Aufgaben- und Finanzplan eingeflossen sind und den Teilnehmenden elektronisch zugestellt wurde. Martin Heini bittet jedoch den Gemeinderat zu prüfen, wie die Kontinuität über die Weiterverarbeitung der Inputs und die Übermittlung der Informationen an die Bevölkerung, in den nächsten Jahre gewährleistet werden kann. Der Sprechende möchte noch wissen, was mit den vielen konkreten Vorschlägen und Massnahmen aus den Arbeitsgruppen gemacht wird. Wie fliessen die Ergebnisse oder Feedbacks zurück in die Gruppen und wie kann die Transparenz auf diesen Details gewährleistet werden? Dieser Partizipationsprozess verdient entsprechenden Stellenwert, als dass einfach „ohne Worte“ zur Tagesordnung übergegangen werden darf. Er dankt für die Überweisung als Postulat.

Mit grossem Engagement haben, laut Kathrin Graber, Parteimitglieder aus der CVP, JCVP und GLP und auch viele andere Krienserinnen und Krienser an der Zukunftskonferenz „Wir sind Kriens“ mitgewirkt. Es ist daher wichtig, dass die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppen bei der Weiterplanung des Gemeinde- und Einwohnerrates einfließen und möglichst gut mitberücksichtigt werden. Das heisst aber nicht, dass nach dem Giesskannenprinzip und ohne Priorisierung Gelder für alle Projekte gesprochen werden können. Dazu fehlt der Gemeinde leider die notwendigen finanziellen Mittel. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion wird daher die Motion als Postulat unterstützen, wie der Gemeinderat vorschlägt, damit die Projekte sukzessive und aufgrund der finanziellen Ressourcen konkretisiert werden können. Damit ist die Angelegenheit aber für die CVP/JCVP/GLP-Fraktion jedoch noch nicht abgeschlossen. Ein erster Schritt hat der Gemeinderat zwar bei der politischen Gesamtplanung getan, wo er für die nächsten vier Jahre auf den Ergebnissen der Zukunftskonferenz aufbaut. Anders als der Gemeinderat in der Begründung zum vorliegenden Vorstoss angibt, finden sie jedoch nur wenige konkrete Anträge für das Budget vom nächsten Jahr, wie z.B. die Koordinations- und Anlaufstelle im Sozialwesen. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion wird den Finger darauf halten, dass diese Projekte nicht versanden und bei späteren Planungen wieder aufgenommen werden. In diesem Sinn unterstützen sie die Motion als Postulat.

Hans Fluder nahm im Herbst 2012 an der Zukunftskonferenz „Wir sind Kriens“ im Roggerschulhaus teil. Für ihn war dieser Anlass sehr interessant und lehrreich. Aus allen Bevölke-

rungsschichten diskutierte man in Gruppen, was in Kriens besser gemacht werden kann. Der Gemeinderat zeigte in der Gesamtplanung, welche Projekte aus den Vorschlägen der Zukunftskonferenz weiterverfolgt werden sollen und wie man diese finanzieren wird. Die SVP-Fraktion rät dabei zu grösster Zurückhaltung. Die Finanzhaushaltssanierung ist noch nicht abgeschlossen und dazu braucht es noch grosse Anstrengungen und Erfolge bei den Entwicklungsprojekten wie z.B. Eichhof West. Die Meinung des Sprechenden ist, dass man nicht ein zusätzliches Instrument braucht. Alle Themen sind in irgendeiner Kommission abgedeckt und sollten dort behandelt werden. Wenn es der Gemeinde Kriens finanziell wieder besser geht, können solche Projekte in Angriff genommen werden.

Die FDP-Fraktion lehnt gemäss Beat Tanner die Überweisung der Motion als Postulat ab. Welcher Privathaushalt kauft und investiert gleichzeitig in eine Eigentumswohnung, ein neues Auto und Ferien ohne dies mit seinen Einnahmen und seinem Vermögen abzustimmen. Das gewünschte Vorgehen widerspricht der Finanzstrategie der Gemeinde Kriens mit den vier Säulen. Die Umsetzungsschritte dürfen nicht losgelöst von der Gesamtplanung gemacht werden. Die FDP-Fraktion unterstützt das Vorgehen des Gemeinderates, dass die Umsetzung in Abstimmung mit den vorhandenen Ressourcen geplant und umgesetzt wird.

Gemäss Tomas Kobi findet die Grüne/JG-Fraktion es wichtig, dass der Gemeinderat den partizipativen Prozess „Wir sind Kriens“ als Beispiel einer guten Kommunikation erachtet. Der Gemeinderat vertrat anlässlich der Zukunftskonferenz die Ansicht, dass ein möglichst breites Spektrum an Meinungen einfließen soll, was den Menschen in Kriens wichtig ist. Im Weiteren findet der Gemeinderat, dass die Ansichten und Meinungen in den politischen Meinungsbildungsprozess einfließen sollen. Diesem Ansinnen kann die Grüne/JG-Fraktion vollumfänglich zustimmen. Es ist wichtig, dass die Ergebnisse der verschiedenen Arbeitsgruppen jetzt in die Arbeit des Gemeinderates einfließen. Dafür hat er auch eine Klausur abgehalten. Zwei Überlegungen zum Thema Partizipation. Partizipation ist ein positiv geladener Begriff, mit dem unterschiedliche Erwartungen verbunden werden. In Betrieben erwartet man von der Partizipation, dass sie zu höherer Identifikation mit dem Betrieb, zu mehr Verantwortungsübernahme, grösserem Interesse an der Firmenpolitik usw. führen sollte. Im politischen Diskurs erwartet man von Partizipationsmodellen mehr politisches Interesse, mehr politische Aussprachen, mehr Mitwirkung usw. Damit nun Partizipation nicht zu einer Pseudopartizipation oder Scheinpartizipation verfällt, welche nur darauf abzielt Mitsprache und Mitentscheid vorzutäuschen, ist es wichtig, verbindliche Massnahmen darzulegen. Somit kann die Bevölkerung auch gezielt in den öffentlichen Prozess eingebunden werden. Der Gemeinderat soll mit der Überweisung des Postulats klar zeigen, dass ihm das Mitwirken der Bevölkerung ernst ist. Jetzt sollen Taten folgen. Damit zeigt der Gemeinderat, dass er die Arbeit der Bevölkerung ernst nimmt und somit wertschätzt. Deshalb unterstützen die Grüne/JG-Fraktion das Postulat.

Martin Heini möchte die Gegner dieses Vorstosses darum bitten, zu bedenken, dass der Partizipationsprozess Demokratie pur ist. Wenn man dagegen ist, untergräbt man die politischen Möglichkeiten.

Thomas Lammer geht es nicht darum, die Partizipation in Frage zu stellen. Er findet partizipative Veranstaltungen gut. Es wurde jedoch schwierig, dass Teilnehmer kamen, welche nicht Einsitz im Einwohner- oder Gemeinderat haben. Dass die Bürgerinnen und Bürger von Kriens miteinbezogen werden ist gut. Es sollen jedoch nicht nur Personen teilnehmen, die sich bereits in diesen politischen Bereichen bewegen.

Michael Günter findet einen partizipativen Prozess durchaus gut. Die Teilnehmer konnten ihre Anliegen einbringen und daraus resultierten gute Sachen. Der Sprechende ist nicht gegen die Überweisung. Er möchte jedoch zu Gedenken geben, dass dies nicht mit einem demokratisch legitimierten Prozess verglichen werden kann, worüber die Bürgerinnen und Bürger abstimmen können.

Kathrin Graber findet das Anliegen eines partizipativen Prozesses gut, wie es Thomas Lammer erwähnt hat. Im Rahmen der finanziellen Mittel kann man das als Postulat unterstützen. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion unterstützt dies auch. Sie bedauern es jedoch, dass von der FDP und SVP nicht viele Mitglieder teilgenommen haben. Die Sprechende hat diesen Austausch sehr geschätzt. Sie fände es gut, wenn alle diesen Vorstoss unterstützen werden.

Thomas Lammer meint, dass sich die FDP-Fraktion zur Zustimmung überreden lassen kann. Er sieht dies als eine komplexe Fragestellung. Es sollen sich auch Bürger, welche sich nicht in der Politik bewegen, dafür interessieren. Solche Personen bringen Inputs, die nicht so parteigesteuert sind.

Yanik Kloter weist darauf hin, dass die Bevölkerung eingeladen wurde teilzunehmen und nicht nur der Einwohnerrat. Dies hat auch so stattgefunden und er findet es schön, dass Inputs gekommen sind. Die Umsetzung gehört auch zu so einem Prozess. Wenn jetzt nichts gemacht wird, wird der Einwohnerrat gegenüber der Bevölkerung unglaubwürdig.

Gemäss Martin Heiz muss man gewisse Bedenken haben. Die SVP-Fraktion wird dem Postulat mit Zurückhaltung zustimmen. Wenn man sieht, dass 120 Personen teilnehmen und ca. 90 davon sind in einer Partei, Einwohnerrat, Ex-Einwohnerrat oder Gemeinderat, muss man schon aufpassen, ob dies wirklich ein partizipativer Prozess ist. Der Sprechende war auch an der Veranstaltung und konnte 80 % bis 90 % einer Partei oder sonst einem politischen Amt zuweisen. Wenn man auch bedenkt, dass Alles überwiesen wird, was besprochen wurde, ist dies schlicht unmöglich. Leider waren sehr wenige Leute vertreten, wo man sagen kann, dass diese nicht befangen sind.

Beat Tanner hat Mühe damit, wenn man daraus einfach ein Postulat macht. Der Vorstoss fordert, was genau untersucht werden muss. Der Gemeinderat müsste somit dem Einwohnerrat einen Bericht unterbreiten. Der Antrag müsste anders lauten.

Paul Winiker dankt Allen, die bei der Zukunftskonferenz mitgemacht haben, ob Politiker oder sonst Interessenvertreter. Es geht darum das Füllhorn aufzumachen. Die Personen können sich äussern und ihre Anliegen anbringen. Der Einwohnerrat und der Gemeinderat haben die Aufgabe diese Anliegen zu kanalisieren und entgegenzunehmen. Der Gemeinderat hat die Anliegen entgegengenommen und in die Gesamtplanung einfliessen lassen. Jetzt beginnt der Prozess dies umzusetzen. Es ist jedoch auch eine Prioritätenfrage. In der Projektliste wurden die Hauptthemen aufgenommen, welche in den partizipativen Prozess aufgenommen werden. Es ist legitim einen solchen Dialog zu führen. Es braucht jedoch immer wieder diese Instrumente um breiter aufzumachen und Meinungen einzuholen. Ein neues Instrument braucht es aber nicht. Instrumente sind vorhanden wie z.B. die Gesamtplanung.

### **Abstimmung über die Überweisung der Motion Fässler als Postulat**

Die Motion wird mit 24:6 Stimmen bei 2 Enthaltungen als Postulat überwiesen.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bieri, Esther	ja
Camenisch, Räto	nein
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Gartmann, Hans	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	ja
Hahn, Alex	Enthaltung
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	ja
Kloter, Yanik	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Peter	nein
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	ja
Takacs, Fabian	ja
Tanner, Beat	nein
Trüb, Paul	Enthaltung
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

## **9. Beantwortung Interpellation Frey: B+A Eichhof: Kommunikation und Umgang mit Rückweisung Nr. 045/13**

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Christine Kaufmann-Wolf fragt den Vertreter des Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Bruno Bienz wünscht eine Diskussion.

Christine Kaufmann-Wolf stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Bruno Bienz dankt dem Gemeinderat für die Antworten. Befriedigend sind diese aber nicht und der Gemeinderat drückt sich vor klaren Aussagen.

### **Frage 1**

Anscheinend ist dem Gemeinderat hier der Vorgang selber nicht klar. In der Geschäftsordnung steht es eigentlich klar:

*Art. 42 Beratungen, Eintreten, Rückkommen, Beschluss*

*2 Zuerst wird die Eintretensfrage geklärt. In der Eintretensdebatte ist zu unterscheiden in Anträge zu Eintreten oder Rückweisung zur weiteren Überarbeitung*

In der Eintretensdebatte wurde von den ablehnenden Parteien klar kommuniziert, dass das Projekt Eichhof nicht gestorben ist, sondern das Projekt angepasst werden muss. Auch wurden klare Statements abgegeben, was geändert werden muss. Dass jetzt der Gemeinderat die Sache so auslegt, dass ein Nichteintreten das Ende des Geschäfts bedeutet, findet die Grüne/JG-Fraktion schon dicke Post.

### **Frage 4**

Diese Aussage ist nach Meinung der Grünen/JG-Fraktion klar falsch. Gemäss Artikel 42 Absatz 2 kann bereits eine Rückweisung zur weiteren Überarbeitung beim Eintreten erfolgen.

### **Frage 7**

Das Vorlegen eines Planungsberichts ist sicher der richtige Ansatz. Aber beim Projekt Eichhof findet die Grüne/JG-Fraktion die Argumentation Eichhof schon sonderlich. Die Ablehnung der Volksmotion hat lediglich aufgezeigt, dass der Rat im Prinzip zu Hochhäusern auf dem Areal Eichhof steht. Das hat aber nichts mit dem vorgelegten Projekt zu tun. Da ging es ja nicht nur um Hochhäuser, sondern um die Qualität, fehlendes Verkehrskonzept, Höhe der Hochhäuser und Lage der Hochhäuser.

### **Frage 10**

Hier widerspricht sich der Gemeinderat. In der Vergangenheit ist es schon mehrmals passiert, dass der Einwohnerrat bei der 2. Lesung Anträge machen wollte und der Gemeinderat immer erwähnte, dass dies problematisch ist, weil es eine neue Auflage braucht usw. Die Grüne/JG-Fraktion denkt, dass die Spielregeln endlich klar definiert werden müssen und nicht einmal so und dann wieder anders.

Eine Frage steht für sie noch im Raum: Wie soll der Einwohnerrat auf qualitativ nicht reife und nicht gut vorbereitete Geschäfte reagieren? Eintreten und Ablehnen? Laut Geschäftsordnung ist es für sie klar, Rückweisung zur weiteren Überarbeitung. Auf schlechten Bericht und Anträge mit deren Inhalt sich der Rat jedoch mit der erforderlichen Seriosität auseinandersetzen will, soll nicht eingetreten werden.

Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist gemäss René Zosso mit der Beantwortung der gestellten Fragen zufrieden. Die Aussage, dass das Projekt Eichhof gestorben sei, war nach Ansicht der CVP/JCVP/GLP-Fraktion in der Tat eine unglückliche Formulierung und die jüngste Entwicklung hat diese Einschätzung klar widerlegt. Ihres Erachtens kann man nun wahrlich nicht „Gestorben“ sagen. Gestorben ist höchstens eine unglückliche Version des Projektes. Dank der Rückweisung kommt es nun zu einem neuen, etwas verträglicheren Projekt. Dass der Gemeinderat schliesslich auch zum Schluss gekommen ist, es nicht für tot zu halten, sondern zu überarbeiten, freut die CVP/JCVP/GLP-Fraktion. Es hat sich gelohnt, auch wenn immer noch Hochhäuser aus der Überarbeitung resultierten und auch wenn immer noch viele Gegner unglücklich sind, ist doch ein grundsätzlich verträglicheres Projekt absehbar. Zur Klärung der bestehenden Unsicherheiten betreffend Verkehrsführung ist die notwendige Sensibilität geweckt worden. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion hat Vertrauen in den Gemeinderat, dass das nun entstehende Projekt ein Optimum darstellen wird.

Die SVP-Fraktion ist gemäss Martin Heiz mit der Antwort zufrieden. Sie zeigt klar auf, was der Unterschied zwischen nicht eintreten und zurückweisen ist. Wenn auf ein Bericht und Antrag nicht eingetreten wird, ist er vom Tisch. Danach liegt es beim Bauherr. Wenn in diesem Fall eingetreten worden wäre, hätte man mehr machen können. Der Einwohnerrat hätte den Bericht und Antrag zur Überarbeitung zurückweisen können. Der Bauherr ist dann in der Pflicht einen neuen Bebauungsplan vorzulegen. Das ist das normale Vorgehen.

Thomas Lammer glaubt auch, dass in diesem Fall auch eine Rückweisung eine gewisse Beschleunigung hervorgebracht hätte. Das Projekt ist nun aber auf einem guten Weg. In Zukunft sollte dies jedoch berücksichtigt werden.

Gemäss Peter Fässler ist Politik die Kunst, Kompromisse zu finden. Akzeptanzen zu gewinnen. Neuerungen und im besten Fall Fortschrittliches einer breiten Bevölkerung schmackhaft zu machen und dies auch noch im Sinne der eigenen politischen Ideale. Das bedeutet auch, einmal Stopp zu sagen im Parlament, wenn ein Geschäft einer Mehrheit der Parlamentsangehörigen quer zur Landschaft vorkommt. Oder wie in diesem Geschäft zu nah am Hang steht. Was ist besser und effizienter? Zuerst lange diskutieren und anschliessend Nein sagen? Oder von Anfang an das Unbehagen des Geschäftes ausdrücken? Unbehagen heisst ja nicht immer generelle Ablehnung. Das sollte sich der Gemeinderat in Zukunft für seine Kommunikation merken. Ein Nein kann bedeuten, neue Wege zu suchen und zu finden. Wie dies bei dem Projekt Eichhof West geschehen ist und hoffentlich auch noch geschieht. Das Gespräch mit allen Involvierten konnte so an den runden Tischen in Gang gesetzt werden und Lösungen gefunden werden, die für einen Grossteil der Betroffenen akzeptabel sind. Politik und Wirtschaft konnte sich so gegenseitig hören und hoffentlich auch verstehen. Ein Miteinander, nicht ein Gegeneinander. Im Sinne ihrer Verpflichtung dem Gemeinwohl gegenüber. Für den Sprechenden, als Politiker, ist dies eine sehr wertvolle Erfahrung, dass mit einem konstruktiven Miteinander neue Prozesse ausgelöst werden können. Es gibt ihm auch das Gefühl, nicht fremden Interessen ausgeliefert zu sein, überspitzt gesagt, erpressbar zu sein. Peter Fässler wünscht sich für diesen Rat und Kriens, dass man in Zukunft diesen Weg als auch einen gangbaren Prozess im Kopf behalten wird.

Laut Matthias Senn gibt es zwischen nicht eintreten und zurückweisen schon eine Differenz. Bei einem Antrag auf Nichteintreten, wird nicht eingetreten und das Thema ist abgeschlossen. Bei einem Antrag auf Rückweisung wird der Bericht und Antrag nochmals überarbeitet. Dieses Projekt ist jedoch nicht gestorben. Das Projekt wurde nun überarbeitet, wozu der neue Bebauungsplan nun vorbereitet wird. Der Gemeinderat hat eine Analyse gemacht, weshalb es zu dieser Situation gekommen ist. Die Geschäftsleitung hat ihre Analyse darin gemacht, wie die Kommissionsarbeit verbessert werden kann. Die Kommunikation mit den unmittelbaren Fraktionen ist nicht im Mittelpunkt von diesem Geschäft.

## **10. Postulat Urfer: Hindernisfreier Verkehrsraum: Aktualisierung des Alters- und Behindertenleitbild Nr. 048/13**

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf ist der Gemeinderat für Überweisung dieses Postulats.

Da der Überweisung nicht opponiert wird ist das Postulat überwiesen.

## 11. Postulat Urfer: Hindernisfreie Fussgängerinfrastruktur

Nr. 049/13

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf ist der Gemeinderat für Überweisung dieses Postulats.

Da der Überweisung nicht opponiert wird ist das Postulat überwiesen.

## 12. Motion B. Bienz: Austritt aus dem Verband der Luzerner Gemeinden

Nr. 050/13

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung dieser Motion. Er würde das Begehren aber als Postulat entgegennehmen. Ist der Motionär bereit, den Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln?

Bruno Bienz ist mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat nicht einverstanden. Der VLG hat in den letzten Jahren die Probleme und Interessen der Agglomerationsgemeinden zu wenig oder überhaupt nicht spürbar gegenüber dem Kanton vertreten. Nicht nur in Kriens ist dies aufgefallen, auch in Emmen, Luzern und Horw sind diesbezüglich nicht wenige Stimmen laut geworden. Dass diese Stimmen nicht nur aus einer Ecke kommen, fällt auch auf. Da sollte eigentlich allen klar sein, dass hier nicht nur ein Strohfeuer brennt. Wie ernst es gilt realisiert der VLG bisher nicht. Wer die neueren Interviews mit dem Präsidenten liest, der spürt keine Kehrwende, wie sie dringend notwendig wäre. Im VLG wird der Ernst der Lage nicht erkannt. Auch der Gemeinderat von Kriens hat anscheinend das Feuer noch nicht bemerkt. Nur so ist es zu erklären, warum der Gemeinderat nach Einreichung dieser Motion keine vorsorgliche Kündigung eingereicht hat. Die Motion ist rechtzeitig eingereicht worden. Die Frage ist, ob der Einwohnerrat ernst genommen wird. In Emmen hat der Gemeinderat die Forderung ernst genommen und eine vorsorgliche Kündigung eingereicht. Interessant ist, dass Emmen und Kriens die gleichen Argumentationen haben. Beim Antrag hat der Gemeinderat von Kriens aber den Mut verloren.

Die Grüne-Fraktion will, dass der Gemeinderat maximalen Druck aufbaut. Seit Jahren klagt der Gemeinderat, dass nicht er die Schuld an der finanziellen Misere trage. Nein, der Kanton, der die Kosten delegiere, sei Schuld an allem. Das mag wohl stimmen, aber der Verband der all das nicht zu verhindern wusste, heisst VLG, Verband Luzerner Gemeinden. Um positive Veränderungen für die Agglomerationsgemeinden zu erreichen, braucht es Druck. Würden die drei oder vier grossen Gemeinden aussteigen, würde knapp 40 % der finanziellen Beiträge verdampfen. Der VLG würde schnell reagieren. Emmen hat den richtigen Schritt gemacht. Nur so kann ein klares Signal ausgesendet, der Druck auf den VLG steigt und Änderungen können erreicht werden. Nachdem der Gemeinderat keine vorsorgliche Kündigung eingereicht hat, verlangt die Fraktion, dass der VLG endlich Tore schießt und die Kritik ernst nimmt. Zusammen mit der Stadt Luzern und Emmen ist Kriens stark genug, den Verband unter Druck zu setzen. Die Tore, die geschossen werden müssen, sind:

- der Verband gibt sich demokratische Spielregeln. Die Vorstandsmitglieder sind ausgeglichen aus allen Parteien.
- der Verband gewichtet die Interessen der Agglomeration ebenso stark wie jene der Landschaft. Es fängt damit an, dass die Agglomeration gleich viele Vertreter stellt, wie die Landschaft (Adligenswil gehört nicht zur Agglomeration).
- der Verband erreicht endlich inhaltliche Ziele. Entweder gelingt ihm der Bildungskostenteiler 50 zu 50 oder die Kostenübernahme der Pflegefinanzierung in 2 bis 3 Jahren.
- der Verband distanziert sich endlich vom Kuschelkurs mit der Regierung und wird ernsthaft ein Instrument der Auftraggeber, nämlich der zahlenden Gemeinden.

Das sind die grossen Probleme der Agglomerationsgemeinden. Die Fraktion erwartet ein grosses Engagement. Nur zur Lösung von Schönwetter-Problemen braucht Kriens den VLG nicht und kann die hohen Beitragskosten sparen. Werden diese Ziele nicht erreicht, welche mit gutem Willen zu erreichen sind, dann hat die Fraktion die Meinung, hat der Verband seine Berechtigung verloren. Die Grünen halten an der Motion fest, die Fraktion will den Druck hoch halten. Auch mit der Motion hat der VLG noch eine Chance, die Fraktion gibt aber klare Ziele vor. Diese sollen erreicht werden, ansonsten ist der Austritt zwingend.

Den Antrag des Gemeinderates kann die Fraktion nicht nachvollziehen. Der Gemeinderat würde mit einer ausgesprochenen Kündigung sicher gestärkter in die Verhandlungen gehen als mit einem Postulat. Im Antrag spricht der Gemeinderat selber gewisse Probleme an aber möchte weiterhin gute Miene zum bösen Spiel machen. Auch erwähnt er, dass sich die betroffenen Gemeinden bereits zu einer Sitzung getroffen haben. Auch das spricht nicht gegen eine Motion. Mit einem positiven Ergebnis der Verhandlungen könnte die Kündigung auch jederzeit widerrufen werden. Was macht der Gemeinderat, wenn das Resultat nicht seinen Wünschen entspricht? Wie soll es dann weiter gehen? Alles beim Alten belassen? Die Grünen halten die Motion als den richtigen Weg.

Gemäss Paul Winiker hat die Gemeinde Kriens an der letzten Delegiertenversammlung des VLG die verschiedenen Forderungen gestellt. Man ist daran mit weiteren Agglomerationsgemeinden eine Auslegeordnung zu machen, was aber noch Zeit braucht. Bei einem Vorstoss kann der Gemeinderat nicht immer vorsorglich kündigen. Der Gemeinderat nimmt das Anliegen ernst, der VLG muss effizienter werden. Man darf dem Verband nicht alles in die Schuhe schieben. Der VLG hat bei der Anpassung des Finanzausgleichs nämlich für die Agglomerationsgemeinden entschieden. Es ist nicht ausgeschlossen, aus dem VLG auszutreten oder neue Forderungen zu stellen. Für den Gemeinderat ist der Austritt der Gemeinde Kriens aber nur mit einer anderen Lösung eine Option. Ohne konkrete Strategie ist der Austritt nicht sinnvoll. Paul Winiker bittet, die Motion als Postulat zu überweisen. Der Gemeinderat nimmt das Anliegen ernst und will etwas ändern.

Rolf Schmid spricht für die CVP-/JCVP-/GLP-Fraktion und für diesen und den nächsten Vorstoss, welche die gleichen Forderungen haben:

Der Gemeinderat äussert sich positiv über die Zusammenarbeit mit dem VLG in den Bereichen und Fachgruppen. Zugleich berichtet der Gemeinderat in der Beantwortung, dass die mittleren und kleineren Gemeinden vermehrt versuchen, ihre Position „durchzudrücken“. Dies deckt sich mit dem Eindruck, den die Fraktion mehr und mehr „von aussen“ hat. Sowohl die Situation und umso mehr die negative Entwicklung sind unerfreulich. Grund genug für die CVP-/JCVP-/GLP-Fraktion, die Kritik der Motion Bienz sowie des Postulats Portmann zu teilen. Die Fraktion hält es an dieser Stelle allerdings nicht für zielführend, wenn der Wert und die Arbeit des VLG als solches kritisiert werden. Auch eine Auflistung „falscher“ inhaltlicher Stossrichtung zu kritisieren hält die Fraktion für falsch. Denn dies ist Kritik an den Symptomen, was wenig Sinn macht. Vielmehr muss die Architektur sowie die Mechanik des VLG angepasst werden, damit das sensible Gleichgewicht zwischen den mittleren und kleineren Gemeinden sowie den mittelgrossen bis grossen Gemeinden wieder hergestellt werden kann. Damit diskutiert man über das Richtige, nämlich die Ursache der Unzufriedenheit. Namentlich ist das die Untervertretung der mittelgrossen bis grossen Gemeinden im Vorstand sowie die Stimmverteilung bzw. Mehrheitsverhältnisse im Verhältnis zum Kostenverteiler. Diese Elemente müssten angepasst werden. In sämtlichen Parlamentsgemeinden des Kantons, namentlich der Stadt Luzern sowie den drei Agglomerationsgemeinden Horw, Emmen und Kriens wird stark Druck gemacht. Der VLG muss die klaren Zeichen erkennen und sich gründlich mit austarierten Gleichgewichten befassen.

Dies ist auch die Stossrichtung des Gemeinderates. Die CVP-/JCVP-/GLP-Fraktion wird bei beiden Vorstössen dem Antrag des Gemeinderates folgen und den Vorstoss von Bruno Bienz als Motion ablehnen und als Postulat überweisen sowie das Postulat Portmann überweisen. Damit gibt die Fraktion dem Gemeinderat formell den Auftrag, den Austritt aus dem VLG zu prüfen. Mit der Überweisung der beiden Postulate ist für die Fraktion klar, materiell und auch inhaltlich wird vom Gemeinderat gewünscht, dass er sich beim VLG kräftig für die Interessen der Gemeinde Kriens, aufgrund des Gewichts im Verband einsetzt. Mit seinen Dienstleistungen und den Informationsplattformen kann der VLG der Gemeinde einen hohen Nutzen schaffen. Dies gilt es in den wichtigen Verhandlungen mit dem VLG zu beachten.

Nun wurde viel diskutiert, die SVP-Fraktion findet die Umwandlung in ein Postulat sei richtig, spricht Martin Heiz. Im VLG muss endlich Bewegung rein, es wurde lange nicht gehandelt und das einzige was der Sprechende wahrgenommen hat, war eine Zeitschrift. Mehr geschah aber bislang nicht. Sollte in nächster Zeit nichts geschehen, so ist die Fraktion für den Austritt. Die SVP sagt nein zur Motion, aber ja zum Postulat. Der Gemeinderat muss Druck machen.

Die FDP-Fraktion dankt dem Motionär für seinen Vorstoss, so Beat Tanner. Mehrere parlamentarische Vorstösse aus dem Einwohnerrat von Emmen sowie aus der Stadt hinterfragen die Wirkung und den Nutzen des Verbandes Luzerner Gemeinden VLG oder fordern gar den schnellstmöglichen Austritt. Dies zeigt auf, dass die Gemeinde Kriens mit Ihrem Missmut nicht alleine da steht. Auch die FDP ist mit dem Nutzen und der Wirkung des VLG nicht einverstanden. Was hat die Gemeinde für einen Handlungsspielraum zwischen Mitgliedschaft und Austritt? Der alternativlose Austritt aus dem VLG kann für Kriens keine Option sein. Das Ausscheiden würde zu beträchtlichen politischen Verstimmungen zwischen Land- und Agglomerationsgemeinden führen. Die Stadt-Land-Thematik würde unnötig belastet. Bei den heutigen Mehrheitsverhältnissen beispielsweise im Kantonsrat könnte Kriens zur grossen Verliererin werden. Grundsätzlich ist es für die Gemeinden nützlich und sinnvoll, ihre Anliegen zu koordinieren und gebündelt gegenüber dem Kanton zu vertreten. Die Mitgliedschaft ist daher grundsätzlich sinnvoll. Bei der Bündelung der Anliegen der 83 Luzerner Gemeinden in den VLG-Gremien erhalten die grossen Gemeinden zu oft den Eindruck, ihre Anliegen würden nicht gebührend berücksichtigt. Da der VLG über Pro-Kopf-Beiträge finanziert wird, entsteht für diese Gemeinden ein Ungleichgewicht zwischen finanzieller Belastung und politischem Nutzen. Dies führt zu Missmut. Ein Austritt der Gemeinde Kriens oder anderer Agglomerationsgemeinden würde die Gemeindereisen beim Kanton schwächen. Der Kanton könnte diese Schwäche ausnützen und einfacher Mehrkosten an die Gemeinden delegieren.

Mehr Gewicht würden die grossen Gemeinden erhalten, wenn sich der VLG strukturell neu organisiert, beispielsweise indem er zwei Untergruppen schafft von kleineren und grösseren Gemeinden. Das würde den grossen und den kleinen Gemeinden Gelegenheit bieten, eher gemeinsame Interessen zu finden. Allerdings wäre es Sache des VLG und seiner Organe, zweckmässige Strukturen zu schaffen. Die Mitglieder Kriens, Emmen und Luzern könnten lediglich gemeinsam auf den VLG einwirken. Ob sie in den VLG-Organen Mehrheiten finden würden, lässt sich heute noch nicht abschätzen. Die Fraktion teilt die Haltung des Gemeinderats und begrüsst es, wenn er zusammen mit dem Verband und den grösseren Gemeinden über Veränderungen verhandelt. Sollte er zum Schluss kommen, dass ein Austritt Sinn macht, sind andere Handlungsoptionen aufzuzeigen, um die Interessen der Gemeinde Kriens beim Kanton zu vertreten. Die FDP ist für die Überweisung des Postulats.

Yanik Kloter spricht für die SP-/Juso-Fraktion und erinnert sich, dass er bereits vor der Einreichung der heute diskutierten Vorstösse bezüglich VLG in einer Fragestunde den Gemeinderat nach den jährlichen Kosten der Mitgliedschaft im VLG gefragt hat. Natürlich mit dem Hinterge-

danken einen Vorstoss, wo in die ähnliche Richtung wie die vorliegenden Vorstösse gehen, einzureichen.

Der Verband Luzerner Gemeinden hat sich zum Ziel gemacht, die Interessen seiner 83 Mitglieder-Gemeinden gegenüber dem Kanton zu vertreten. Um die Zielsetzung auch im Interesse der Grossgemeinde zu erreichen ist er aber intern falsch konzipiert. Stelle man sich vor der VLG wäre ein Orchester und auch die Gemeinde Kriens ist mit dabei. Kriens stellt also eine beachtliche Zahl von Streichern, dies wären die Mitgliedschaftsbeiträge die pro Kopf zu entrichten sind und auf Grund der Grösse der Gemeinde Kriens entsprechend hoch ausfallen. Das Orchester fängt an zu spielen, heisst der VLG fängt an zu diskutieren und stimmt ab. Da merken die Streicher zusammen mit den anderen grösseren Agglomerationsgemeinden und der Stadt, als Pauker und Bläser, dass die Streicher, Pauker und Bläser gar keine Instrumente in den Fingern haben. Die Agglomerationsgemeinden und die Stadt wird also schlicht nicht gehört. Das Orchester spielt aber auch ohne diese munter weiter. Die Gemeinde Kriens ist zwar dabei, gibt aber keinen Ton von sich und bekanntlich macht der Ton die Musik.

Die interkommunale Zusammenarbeit ist wichtig und wird auch künftig notwendig sein. Dem Umstand ist Rechnung zu tragen. Ob der VLG die Zeichen der Zeit erkennt und sich zu Gunsten von Kriens und den anderen grösseren Gemeinden umstrukturiert oder die Vorherrschaft und Dominanz von den Landgemeinden und den Mitteparteien, sich weiter konstituiert wird sich zeigen. Die SP-/Juso-Fraktion unterstützt die Anliegen der Motion Bienz begrüsst aber die vom Gemeinderat angezeigte Umwandlung in die Form eines Postulats.

Es scheint, der VLG ist sich seiner ungünstigen Lage bewusst geworden und kündigt jetzt, wo der Austritt der höchsten Beitragszahlerinnen im Raum steht, Reformen an. Aus Sicht der Fraktion sollte die angekündigte Reorganisationsmassnahme abgewartet werden. Der vom Gemeinderat in Aussicht gestellte Bericht zum allfälligen Postulat wird für die Klarheit sorgen müssen. Andernfalls wird der grosse Teil der Fraktion einen Austritt aus dem VLG auf Ende 2014 künftig unterstützen. Das mit oder ohne einem fertig ausgearbeiteten, neuen Gefäss zur Interessenvertretung und zur interkommunalen Zusammenarbeit.

Bruno Bienz ist mit einigen Voten nicht einverstanden. Aber im Sinne der Effizienz und der Stimmung im Einwohnerrat will der Sprechende die Motion in ein Postulat umwandeln.

Gemäss Paul Winiker fühlt sich, der Gemeinderat bestätigt. Er wird den Auftrag rasch anpacken. Die Aufgaben und die Organisation des VGL müssen überprüft werden. Für den Gemeinderat ist aber auch klar, ohne alternative Lösung wird es den Austritt aus dem VLG nicht geben. In einem Projekt ist man daran alles zu prüfen und auch, eventuell einen neuen Verband zu gründen.

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf wird der Umwandlung der Motion in ein Postulat nicht opponiert, daher gilt es als überwiesen.

### **13. Postulat Portmann: Austritt aus dem Verband der Luzerner Gemeinden (VLG) Nr. 051/13**

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf ist der Gemeinderat für Überweisung dieses Postulats. Da niemand opponiert ist dieses Geschäft überwiesen.

## **14. Postulat Hahn: Negativer Trend der Sozialhilfequote in der Gemeinde Kriens** **Nr. 052/13**

Auch bei diesem Postulat ist gemäss Christine Kaufmann-Wolf der Gemeinderat für Überweisung. Da dem nicht opponiert wird, ist auch dieses Geschäft überwiesen.

## **15. Postulat Portmann: Austritt aus der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS)** **Nr. 053/13**

Der Gemeinderat opponiert gemäss Christine Kaufmann-Wolf gegen die Überweisung dieses Postulats.

Peter Portmann erklärt, dass es in diesem Vorstoss nicht um die Abschaffung der Sozialhilfe geht. Was aber damit abgeschafft werden soll, sind die ungerechten Fehlentwicklungen welche die SKOS-Richtlinien verursachen. Es kann nicht sein, dass sich Arbeiten nicht mehr lohnt. Das heisst, dass es sich für manche lohnt, Sozialleistungen zu beziehen anstatt zu arbeiten. Die Unterstützungsmassnahmen müssten darauf ausgerichtet sein, dass Arbeitslose so schnell wie möglich wieder in die Erwerbstätigkeit eingegliedert werden. Besonders stossend ist, wenn Sozialhilfebezüger aus dem Ausland in die Schweiz kommen und sofort von der Sozialhilfe profitieren können. In diesem Fall hat man heute die Auswahl den Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen oder gleich Leistungen vom Sozialamt zu beziehen. Das ist Sozialmissbrauch. Und da nützt auch die vom SKOS vorgesehene Kürzung nichts.

Der Kanton Bern hat noch im September dieses Jahres die festgelegten Ansätze für Grundbedarf, Integrationszahlungen und situationsbedingte Zahlungen um 10 % gekürzt. Offenbar waren diese Massnahmen zu gering, denn der Widerstand von den Linksparteien und den Sozialämtern ist ausgeblieben. Im Kanton Luzern gelten die SKOS-Richtlinien auf Geheiss des Kantons. Das ist die einfachste Art sich hinter einem Regelwerk zu verstecken, ohne eigens für den Kanton angepasste Richtlinien zu erlassen. Innerhalb der SKOS geben nur Leute aus der Sozialindustrie den Ton an und diese haben kein Interesse an Veränderungen. Das geht soweit, dass selbst renitente und unkooperative Sozialbezüger als Klienten behandelt werden. Den Austritt aus dem SKOS haben bekanntlich bereits einige Gemeinden vollzogen. Das ist die einzige Massnahme um den Sinn oder Unsinn des SKOS zu hinterfragen. Aus diesen Gründen ist die SVP für dieses Postulat.

Lothar Sidler erkennt, dass in der Begründung einiges vielleicht nicht genügend erklärt wurde. Es gibt ein Sozialhilfegesetz und dort steht, dass man die Richtlinien der SKOS befolgen muss. Bei einem Austritt aus der SKOS ist man zwar nicht mehr im Verein, aber die Richtlinien müssen weiter befolgt werden. Darum geht dieses Postulat in die falsche Richtung. Die SKOS-Richtlinien sind nicht nur zu befolgen, sie dienen auch den Sozialarbeitern für Infos und als wichtige Unterstützung in der täglichen Arbeit. Die Ausländer sind für die steigende Prozentzahl an Sozialhilfeempfänger nicht verantwortlich.

Judith Mathis-Wicki spricht für die CVP-/JCVP-/GLP-Fraktion. Faktisch gesehen spart die Gemeinde mit einem Austritt den Betrag von Fr. 2'000.00 ein und nicht mehr. Die Richtlinien der SKOS sind über Jahre entstandene einheitliche Massstäbe, die die Praxis in der Vielfalt der kantonalen Fürsorgeregelungen wesentlich erleichtert haben. Das kantonale Sozialhilfegesetz schreibt vor, dass die SKOS-Richtlinien anzuwenden sind. Zudem wäre es ein Verlust an gros-

sem Fachwissen, wenn sich die Sozialbehörde nicht mehr auf diese Richtlinien stützen könnte. Nachfolgend ein paar Aussagen, die alle in den SKOS-Richtlinien sind, und die treffend Antwort geben auf die Forderungen im Postulat:

Sozialhilfe kommt ausschliesslich subsidiär zum Tragen. Also erst, wenn vorgelagerte Leistungen der sozialen Sicherheit bzw. eigene Mittel ausgeschöpft sind. Die Gewährung von Unterstützung ist an die Mitwirkung der Hilfesuchenden gebunden. Wer Sozialhilfe beantragt ist verpflichtet, den nötigen Einblick und entsprechende Auskunft über Einkommen, Vermögen und die Familienverhältnisse zu erteilen. Zudem muss nach den vorhandenen Möglichkeiten aktiv zur Verminderung oder Behebung der Notsituation beigetragen werden.

Ausserdem enthalten die Richtlinien Ermessensspielräume. Dabei ist dafür zu sorgen, dass unterstützte Personen nicht besser gestellt sind als Personen mit geringem Einkommen ausserhalb der Sozialhilfe. Problematisch können sich hier insbesondere Schwelleneffekte auswirken, die zu systembedingten Ungerechtigkeiten und negativen Erwerbsanreizen führen können. Wenn eine gesuchstellende Person sich weigert, die zur Bedarfsbemessung nötigen Angaben und Unterlagen vorzulegen, obwohl sie dazu ermahnt und über die Konsequenzen schriftlich informiert wurde, kann ein allfälliger Anspruch auf Sozialhilfeleistungen durch das Sozialhilfeeorgan nicht geprüft werden. In diesem Falle ist ein Nichteintretensentscheid zu fällen. Bei laufenden Unterstützungsfällen können bei gleichem Sachverhalt nach entsprechender Mahnung und Gewährung des rechtlichen Gehörs die Leistungen eingestellt werden. Mit der Begründung, dass die Bedürftigkeit nicht mehr beurteilt werden kann und erhebliche Zweifel an deren Fortbestand bestehen. Eine (Teil-)Einstellung von Unterstützungsleistungen wegen Verletzung des Subsidiaritätsprinzips ist dann zulässig, wenn die unterstützte Person sich in Kenntnis der Konsequenzen ausdrücklich weigert, eine ihr mögliche, zumutbare und konkret zur Verfügung stehende Arbeit anzunehmen.

Die SKOS-Richtlinien bieten genügend Handlungsspielraum und es wird jeweils eine Ermessensfrage der anwendenden Behörde sein, wie sie ausgelegt werden. Die CVP-/JCVP-/GLP-Fraktion sieht keinen Nutzen aus der Forderung des Postulanten, aus der SKOS auszutreten und lehnt deshalb das Postulat ab.

Gemäss Alfons Graf, welcher für die SVP-Fraktion spricht, ist die Gemeinde Kriens ein Paradies und ein Schlaraffenland für Sozialhilfebezüger. Das zeigen die Kurve und der Trend der Sozialhilfe deutlich. Ein Sozialhilfebezüger erhält im Monat fast Fr. 1'000.00, ihm werden zusätzlich die Miete, die Krankenkasse, der Zahnarzt, die Telefongebühren, TV und vieles weiteres bezahlt. Das gibt eine Summe deutlich höher als jemand der die AHV bekommt. Das ist eine Diskriminierung sondergleichen gegenüber jenen, die ein Leben lang gearbeitet haben. Wer im Saal kann erklären wo die Motivation ist, dass solche Leute überhaupt noch gewillt sind zu arbeiten? Das heutige Sozialsystem zieht einen Rattenschwanz mit sich, dessen Ende nicht absehbar ist. Die Gemeinde Kriens macht es sich einfach und versteckt sich hinter diesen fragwürdigen SKOS-Richtlinien.

Für Hans Gartmann von der FDP-Fraktion ist klar, die Fr. 2'000 sind nicht der einzige Grund. Die SKOS-Richtlinien sind eine grosse Hilfe für die Mitarbeiter des Sozialamtes. Schlecht ist aber, wie die Richtlinien gemacht worden sind und die Gemeinde Kriens so immer am höchsten Limit ist. Wenn jetzt der falsche Zeitpunkt ist, wann ist dann der richtige? Diese Richtlinien müssen angepasst werden. Die Fraktion ist nicht für das Austreten der SKOS, aber der Gemeinderat muss sich einsetzen, dass die Richtlinien bearbeitet werden. Die FDP-Fraktion wird sich enthalten und den Auftrag zur Überarbeitung geben.

Esther Bieri spricht für die SP-/Juso-Fraktion und erinnert daran, dass in den letzten Monaten auf kantonaler wie auch auf kommunaler Ebene eine intensive politische Diskussion um die Sozialhilfe und die SKOS-Richtlinien stattgefunden hat. Die Kantone Aargau, Luzern und Zug haben Postulate abgelehnt, die den Austritt aus der SKOS forderten. Alle drei Kantonsregierungen erachten die SKOS-Richtlinien als anerkanntes und zentrales Arbeitsinstrument der Sozialdienste und Sozialbehörden. Auf kommunaler Ebene haben der Zürcher und der Luzerner Stadtrat ein Zeichen gesetzt, indem sie Motionen abgelehnt haben, die ebenfalls den SKOS-Austritt verlangten. Diese Vorstösse seien zu Recht alle abgelehnt worden. Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe ist kein Kuschelclub. Eine vierköpfige Familie erhält 2013 für den Grundbedarf für den Lebensunterhalt Fr. 2'110.00 pro Monat. Stellen man sich dies einmal vor, Fr. 2'110.00 muss für einen Monat, für 31 Tage reichen.

Weshalb bleibt Kriens bei der SKOS? Die SKOS-Richtlinien sind sozusagen die Übersetzung des Gesetzestextes in den Alltag der Sozialarbeitenden. Es geht darum, dass die Anwendung des Gesetzes nicht willkürlich erfolgt. Willkür ist das Gegenteil von Fairness. Faire Bedingungen sind für jene, die auf den Notnagel Sozialhilfe angewiesen sind, das Mindeste, das ihnen angeboten werden kann. Wenn dieses Minimum abgeschafft wird, ist der Diskriminierung Tür und Tor geöffnet. Das lässt die Fraktion nicht zu.

Die Fraktion ist überzeugt, dass niemand Sozialhilfe wählt, wenn er die Möglichkeit hat zu arbeiten, auch wenn es für einen kleinen Lohn ist. Seit die Erkenntnisse aus der Studie „Arbeit muss sich lohnen“ umgesetzt wurden, sind die Weichen auch finanziell richtig gestellt. Sozialhilfebezüger sind auf der untersten Stufe der Leistungsgesellschaft angelangt. Das ist schlimm genug. Jeder, der die Chance sieht, sich hochzuarbeiten, wird sie packen. Hoffentlich mit Erfolg. Die Sprechende wünscht es ihm.

Bruno Bienz spricht für die Grüne-/JG-Fraktion und stellte fest, dass sich in letzter Zeit einmal mehr gezeigt hat, dass die Sozialhilfe in der Schweiz ein sehr sensibles Thema ist. Regelmässig werden einige wenige, meist auch für die Sozialarbeitenden Einzelfälle, medial skandalisiert, die der Öffentlichkeit bzw. dem Steuerzahler das Gefühl geben, betrogen zu werden. Von diesen Fällen wird schnell auf ein Nichtfunktionieren des Systems geschlossen. Anlass für die Austritte der Städte Rorschach und Dübendorf sowie der Gemeinde Berikon ist das Urteil des Bundesgerichts, das im Fall Berikon Verfahrensfehler der Gemeinde festgestellt hat und die vor diesem Hintergrund geführte Debatte über den Umgang mit unkooperativen Sozialhilfebeziehenden. Dabei wurden Verfahrensmängel der Gemeinde geltend gemacht. In der Begründung des Bundesgerichts wurde zudem festgehalten, dass renitentes nicht mit missbräuchlichem Verhalten gleichzusetzen sei. Demnach hat die Gemeinde Fehler gemacht und nicht die SKOS. Auch die Sozialhilfe unterliegt rechtsstaatlichen Regeln und Sozialhilfebezüger haben Rechte, ob das einem passt oder nicht.

Dass es die SKOS seit 108 und die Richtlinien seit 50 Jahren gibt, zeigt, dass weder die SKOS noch ihre Richtlinien Eintagsfliegen sind. Im Gegenteil. Ohne den Jahren ein Gewicht geben zu wollen, darf mit Fug und Recht festgestellt werden, dass die Institution und die Regeln, nach denen sie funktioniert, erstens Bestand haben und zweitens eine Notwendigkeit darstellen. Die Schweiz hat 2408 Gemeinden und 26 Kantone. Wie sollte die unregelmässige Sozialhilfe vernünftig funktionieren können, wenn nicht durch Empfehlungen, wie sie die SKOS-Richtlinien für die Gesetzgebung in den Kantonen darstellt? Wer, wenn nicht die SKOS, schafft jene Referenzgrösse, die es braucht, um die Sozialhilfe innerhalb legitimer Ermessensspielräume individuell gerecht und vergleichbar auszurichten? Nein, es soll nicht ein Loblied auf die SKOS-Richtlinien sein. Es gibt auch hier Punkte die kritisiert werden können. Es mangelt an einem demokratischen Prozess und noch einiges mehr. Dies gilt zu ändern und dies unterstützt die Fraktion. Die Fraktion ist aber wie der Gemeinderat der Auffassung, dass ein Austritt die Sachlage nicht ändert. Die Gemeinde muss weiterhin die SKOS-Richtlinien einhalten. Gerade der Fall Berikon

zeigt auf, wie wichtig das richtige Vorgehen bei schwierigen Fällen für die Gemeinden ist. Die SKOS-Richtlinien bieten hier Verfahrenssicherheit. Aus diesen Gründen lehnen die Grünen und Jungen Grünen dieses Postulat klar ab.

Rolf Schmid muss sich zu den vergangenen Voten melden, wenn er hört, dass jeder Sozialhilfebezüger ein Schmarotzer sei. Der Sprechende kennt einige Personen über 50 Jahre alt, die arbeiten wollen aber keine Chancen bekommen. Diese Menschen wurden von der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert und müssen nun auf die Sozialhilfe zählen. Solche Menschen würden liebend gern darauf verzichten Sozialhilfe zu beziehen aber sie können nicht, weil Sie kein Geld haben.

Verena Wicki Roth erklärt, dass man ursprünglich mit der Sozialhilfe die Armut bekämpfen wollte, heute bekämpft man aber eher die Armen. Die SKOS ist eine Errungenschaft in der Regelung der Sozialhilfe. Menschen, welche auf die Sozialhilfe angewiesen sind, leben mit dem Existenzminimum. Die Gründe, weshalb es so ist, können viele sein und es kann jeden treffen. Die Bewertung der wirtschaftlichen Verhältnisse hat eine hohe Komplexität. Die wirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz ist von der Agrar-Gesellschaft zur Produktionsgesellschaft und Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft gewechselt. So bleiben Leute mit ihrer Ausbildung auf der Strecke. Die Fachleute der Sozialen Dienste brauchen fundierte Grundlagen, zur Bewertung der Situation der Antragsstellenden. Durch jährliche Anpassungen werden Informationen weiter gegeben und Weiterbildungsmöglichkeiten aufgezeigt. Die SKOS dient der Qualitätsentwicklung und Sicherung der sozialen Arbeit in der Gemeinde. Im Interesse von fairen und vertretbaren Bedingungen auch derjenigen, die am Rande der Gesellschaft leben.

Alfons Graf möchte klarstellen, dass er nicht gesagt hat jeder Sozialhilfebezüger sei ein Schmarotzer und er habe auch nicht alles verallgemeinert.

Lothar Sidler möchte zurück zum eigentlichen Thema kommen, denn in diesem Postulat geht es nur um den Austritt aus dem SKOS und nicht über die allgemeine Sozialhilfe. Es wurde viel gesagt, darunter auch Falsches. Der Sprechende möchte klarstellen, dass die SKOS-Richtlinien sind und für eine Einheitlichkeit in allen Kantonen sorgen soll. Der Grundbetrag startet bei Fr. 900.00 für eine Einzelperson. Dafür müssen Nahrungsmittel, Getränke, Körperpflegeprodukte und einige weitere Sachen bezahlt werden. Dies kann man alles in den SKOS-Richtlinien entnehmen. Für das Geld was einem zusteht muss viel selber bezahlt werden und man muss gut haushalten können. Mietzinse werden im Luzerner Handbuch festgelegt und betragen für Einzelpersonen Fr. 900.00, für zwei Personen Fr. 1'200.00 mit Nebenkosten. Ohne die SKOS-Richtlinien nimmt man den Marktpreis der Wohnungen in der betreffenden Gemeinde und das wären in Kriens höhere Beträge. Ohne die Sozialhilfe würden einige kriminell werden um sich das Nötigste zu beschaffen. Die Sicherheit wäre nicht mehr wie heute gewährleistet und die Polizei hätte viel mehr Aufgaben zu erfüllen.

**Abstimmung über die Überweisung des Postulats Portmann: Austritt aus der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) (Nr. 053/13)**

Das Postulat wird mit 20:5 Stimmen und 5 Enthaltungen nicht überwiesen.

Aakti, Brahim	nein
Berger, Rita	Enthaltung
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Bieri, Esther	nein

Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	ja
Gartmann, Hans	Enthaltung
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	nein
Hahn, Alex	nein
Heini, Martin	nein
Heiz, Martin	ja
Kloter, Yanik	n.t.
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	Enthaltung
Mathis-Wicki, Judith	nein
Meyer, Pascal	nein
Nyfelner, Nicole	nein
Portmann, Peter	ja
Schmid, Rolf	nein
Schwizer, Roland	nein
Takacs, Fabian	nein
Tanner, Beat	Enthaltung
Trüb, Paul	Enthaltung
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wicki Roth, Verena	nein
Zosso, René	nein

## 16. Postulat Heiz: Umwelt und Verkehr gehört ins Baudepartement Nr. 055/13

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf ist der Gemeinderat gegen die Überweisung dieses Postulats.

Martin Heiz erinnert an die letzte Einwohnerratssitzung, in welcher die Problematik des Verkehrsplaners in Kriens bereits angesprochen wurde. Ein Grund für die Probleme könnte auch der Spagat zwischen Umwelt- und Sicherheitsdepartement und dem Baudepartement gewesen sein. Der Verkehr im Baudepartement unterzubringen ist das richtige, dort sind auch die Fachleute dazu. Aufgaben die zusammen gehören, sollten nicht getrennt voneinander gelöst und damit doppelter Aufwand verursachen. Dass die Abteilung Verkehr von den Entscheiden des Baudepartements abhängt, ist verständlich aber genau aus solchen Gründen ist die Zusammenführung sinnvoll.

Der Gemeinderat legt Wert darauf, dass die Überprüfung der Departemente und deren Aufgaben- und Ressourcenverteilung richtig und unabhängig geprüft wird, bestätigt Paul Winiker. Damit Rahmenbedingungen geschaffen und die Effizienz optimal genutzt werden kann. In der ganzen Arbeitswelt gibt es immer und überall Schnittstellen und Arbeitsteilungen. Bereits mit dem Ackerbauer hat die Arbeitsteilung begonnen. Ein erster Teil wurde bereits gemacht, um die Optimierung und die Offenheit behalten zu können.

Viktor Bienz spricht für die CVP-/JCVP-/GLP-Fraktion. Bei den zwei Postulaten Nr. 55/2013 und Nr. 56/2013 geht es um die Zuweisungen von Zuständigkeiten der verschiedenen Departemente. Der Fraktion ist es wichtig, dass Strukturen geschaffen werden, die nicht abhängig von Per-

sonen oder deren politischen Interessen sind. Eine Mehrheit der Fraktion, findet auch den Zeitpunkt der Postulate zu einer Departementsreform eher schlecht. Der Gemeinderat ist daran, er lässt von einer aussenstehenden Person eine Beurteilung machen. Die Ergebnisse sollen zeigen, welche strukturellen Veränderungen nötig sind und auch sinnvoll. Aber auch was für Möglichkeiten und Optionen es überhaupt noch gibt. Die Fraktion will auch eine schlanke und effiziente Verwaltung, Doppelspurigkeiten und unnötige Schnittstellen sind zu vermeiden. Man ist auf die Ergebnisse der Untersuchung gespannt und bittet den Gemeinderat zur gegebenen Zeit den Einwohnerrat zu informieren. Die CVP-/JCVP-/GLP-Fraktion lehnt die beiden Postulate zum jetzigen Zeitpunkt Grossmehrheitlich ab.

Gemäss Thomas Lammer für die FDP-Fraktion, schreibt der Gemeinderat bereits in seiner Antwort und hat es auch nochmals gesagt; er prüft bereits was dieses Postulat verlangt. Ein Postulat verlangt lediglich eine Prüfung. Dies wird von Seiten des Gemeinderates bereits gemacht, das Postulat kann also überwiesen werden.

Die SP-/Juso-Fraktion, spricht Martin Heini, steht diesem Postulat ablehnend gegenüber und ist nicht für eine Überweisung. Die Fraktion findet die Überprüfung des Gemeinderates gut. Bei der Departementsreform sollen aber nicht nur die Pensen und die klaren Zuständigkeiten, sondern auch die Federführung beim Gemeinderat angeschaut werden.

Das Postulat sieht die Aufgabenteilung als Doppelspurigkeit, jedoch muss die Verwaltung anderen Aspekten genügen wie:

- Gewaltentrennung (bestellen und ausführen)
- 4-Augen-Prinzip (prüfen, bewilligen und kontrollieren)
- Kompetenzen und Spezialisten am richtigen Ort (Zuschüttung mit Verwaltungsaufgaben)
- Analogien in Wirtschaft (Geschäftsprozesse)

Ein Beispiel: Ist die Verkaufsabteilung noch so wichtig, sie macht keine Markterhebung, Produktgestaltung, Marketing und auch Backoffice, sie verkauft. Das ist die Untergliederung der Prozesslandkarte zudem weiss man, Umwelt und Verkehr haben längst nicht nur mit Bauwesen zu tun. Im Postulat liest man nur Meinungen und resolute Schlussfolgerung, keine fundierten Ergebnisse aus Erhebungen. Das Ganze ist ein Hüftschuss. Prozessteilung und Schnittstellen sind keine Krankheiten. Zudem zeigt sich, es handelt sich innerhalb der letzten Jahre um einen weiteren Versuch von den Behauptern „in der Verwaltung sei noch Luft“, gezielt an einem Standbein des Umwelt- und Sicherheitsdepartements zu sägen. Das ist nicht seriöse Politik aber im Gegenteil, die Fraktion verlangt eine professionelle Verwaltung die wirtschaftlich arbeitet.

Gemäss Erich Tschümperlin lehnen die Grünen diesen Vorstoss einstimmig ab. Die Argumente die Martin Heiz aufführt sind weder stichhaltig noch logisch. Dass das USD mit dem Baudepartement Schnittstellen hat und deshalb ins Baudepartement gehört ist ein intellektueller Kurzschluss. Auch das Bildungsdepartement hat Schnittstellen mit dem Baudepartement, es werden ja gerade alle Schulhäuser saniert. Da gibt es sehr viele Schnittstellen mit den Nutzern. Soll nun das Bildungsdepartement auch ins Baudepartement integriert werden. Und bei den Alterswohnungen und Altersheimen braucht es viel baulichen Unterhalt, der Neubau Grossfeld steht an, da wäre es auch naheliegend, aber Spass beiseite. Verschiedene Departemente haben verschiedene Aufgaben und Kompetenzen. Dem Baudepartement sind die Umweltgesetzgebung wohl nicht das wichtigste Anliegen das ist klar. Im Baudepartement sind Bauprofies am Werk, im Umweltdepartement sind es Umweltprofis. Diese Leute ins Baudepartement zu verpflanzen ist unsinnig und nicht effizient. Diese Umweltprofis haben ein umfangreiches Pflicht-

tenheft und Baugesuche und Bebauungspläne machen nur einen kleinen Teil ihrer Arbeit aus. Die Mitarbeiter des USD ins Baudepartement zu integrieren, heisst den Bock zum Gärtner zu machen, dann werden ihr Aufgaben zur Farce. Aber vielleicht ist das ja auch ein Grund weshalb Martin Heiz diese Verlagerung möchte. Auch das Argument, dass Zusammenarbeit zwischen Departementen unweigerlich zu mehr Aufwand führt kann nicht nachvollzogen werden. Erstens arbeiten alle in der gleichen Firma und zweitens findet in jeder mittleren und grösseren Firma eine vernünftige Arbeitsteilung statt. Es ist eben gerade ineffizient alles selber machen zu wollen. Zur Aussage der FDP. Es geht nicht um das Prüfen. Das Postulat verlangt ultimativ die Integration des USD ins Baudepartement. Wenn die FDP ja zum Postulat sagt, dann verlangt sie keine Prüfung sondern die Umsetzung und Auflösung des Umweltdepartements. Dieser Vorstoss ist wenig durchdacht, darum lehnt die Fraktion das Postulat einstimmig ab.

Hans Gartmann findet, es sei wahrscheinlich wieder der falsche Zeitpunkt, da der Gemeinderat bereits etwas gemacht hat. Ein Verkehrsbaingenieur ist aber schon seit 50 Jahren im Baudepartement tätig.

Paul Winiker bestätigt, dass der Gemeinderat Anregungen gerne aufnimmt. Das Projekt wurde bereits gestartet, denn auch der Gemeinderat ist daran interessiert Schnittstellen zusammenzuführen und dies richtig zu untersuchen. Bei der Überprüfung werden aber alle Departemente untersucht, denn es gibt überall Schnittstellen. Der Sprechende verweist auf den Finanz- und Aufgabenplan, in der Projektliste sei dies bereits ein Ziel welches der Gemeinderat anpacken will.

### **Abstimmung über die Überweisung des Postulats Heiz: Umwelt und Verkehr gehört ins Baudepartement (Nr. 055/13)**

Das Postulat wird mit 17:12 Stimmen und einer Enthaltung nicht überwiesen.

Aakti, Brahim	nein
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Bieri, Esther	nein
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	ja
Gartmann, Hans	ja
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	ja
Hahn, Alex	ja
Heini, Martin	nein
Heiz, Martin	ja
Kloter, Yanik	n.t.
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	nein
Meyer, Pascal	nein
Nyfelner, Nicole	nein
Portmann, Peter	ja
Schmid, Rolf	nein
Schwizer, Roland	nein
Takacs, Fabian	nein
Tanner, Beat	ja
Trüb, Paul	ja
Tschümperlin, Erich	nein

Urfer, Mario	nein
Wicki Roth, Verena	Enthaltung
Zosso, René	nein

## 17. Postulat Lammer: Organisation Bauwesen in Kriens Nr. 056/13

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung dieses Postulats.

Für Thomas Lammer ist die Begründung des Postulats mit der vorherigen fast identisch. Der Gedanke an eine gut funktionierende Organisation kann nicht an einem Department stoppen, es müssen alle Departemente angeschaut werden. Da das Baudepartement und das Umwelt- und Sicherheitsdepartement bereits intensiv geprüft wird, sollte bei der nächsten Departementsreform diese Erkenntnisse berücksichtigt werden. Thomas Lammer zieht sein Postulat zurück.

## 18. Postulat Aakti: Schaffung von Plastiksammelstellen Nr. 057/13

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung dieses Postulats.

Brahim Aakti: Mit dem Postulat, Schaffung von Plastiksammelstellen, wird der Gemeinderat aufgefordert, sich bei der REAL dafür einzusetzen, dass die Abgabe von Plastik an den Quartiersammelstellen möglich wird und die entsprechenden Infrastruktur zur Verfügung gestellt oder finanziert wird. Der Hintergrund zu diesem Anliegen ist, dass das Recyceln von Kunststoffen (PE und PET) ökologisch wie auch wirtschaftlich sinnvoll ist. Der Gemeinderat lehnt die Überweisung ab. Er begründet seine Haltung damit, dass das Sammeln von PET eine Aufgabe des Handels ist und zitiert dabei PET-Recycling Schweiz. PET-Recycling Schweiz schreibt dazu: „Städte und Gemeinden betreiben PET-Sammelstellen auf freiwilliger Basis, weil diese Sammelstellen offensichtlich einem Bedürfnis der Bevölkerung entsprechen, mit entsprechendem Erfolg. Werk- und Ökihof-Lösungen, d.h. überwachte mit Bedienpersonal und festen Öffnungszeiten ergänzen das Sammelnetz des Schweizer Detailhandels optimal.“

Der Gemeinderat geht bei seiner Argumentation davon aus, dass der gesammelte Plastik direkt in die Kehrichtverbrennungsanlage geht und verbrannt wird. Die Idee von der Sammlung von Kunststoffen ist, dass diese möglichst recycelt werden. Nur die nicht recyclebaren Anteile sollen verbrennt und damit elektrische Energie und Wärme für das Fernwärmenetz produziert werden. Genau das machen einige Gemeinden wie z. B. Schwyz. Diese sammeln den Plastik an einer Sammelstelle und eine externe Firma holt diesen ab und recycelt den Plastik optimal. Pro Tonne bezahlt die Gemeinde Schwyz Fr. 175.00 für den Transport und Fr. 50.00 für die Miete des Containers. Das Ganze wird über die Kehrichtgebühren finanziert. Die Gemeinde Schwyz empfiehlt nach Ihrer Erfahrung das Sammeln von Kunststoff. Weiter empfiehlt die Gemeinde dazu, ein Merkblatt zu erstellen, worin erklärt wird, welche Kunststoffe gesammelt werden können. Für PET finanziert PET-Recycling Schweiz 25 % der Kosten für den Container und die gesamten Kosten des Transports.

Dem Sprechenden ist die negative Haltung des Gemeinderates nicht verständlich. Er möchte wissen, warum z.B. im Ökihof keine Container für PE und PET bereitgestellt werden können?

Das Recyceln von Kunststoff spart für jedes recycelte Kilogramm Kunststoff einen Liter Öl bzw. ca. 2.5 kg CO<sup>2</sup>. Mit Containern im Ökihof könnte man kostengünstig einem offensichtlichen Bedürfnis der Bevölkerung nachkommen und der Natur einen Gefallen tun. Auch müssten die Container und der Transport für PE nicht aus der laufenden Rechnung heraus bezahlt werden, sondern aus den Rückführungen der REAL.

Der Gemeinderat hat sich mit diesem Thema befasst, so Cyrill Wiget. Wenn eine Trennung Sinn macht so steht der Gemeinderat auch dahinter. Aber Sammelstellen in den Quartieren sind nicht geeignet, da diese unbewacht sind. PET, meistens Flaschen, kauft man, trinkt diese aus und sollen auch im gleichen Geschäft wieder abgegeben werden können. PE sammeln oder trennen macht momentan keinen Sinn, da aus diesem Kunststoff Öl gemacht wird und das Öl anschliessend doch verbrannt wird.

Die CVP-/JCVP-/GLP-Fraktion lehnt das Postulat gemäss Pascal Meyer ab. PET Recycling Schweiz schreibt, im Jahr 2011 wurden 80 % der PET Flaschen recycelt. PE und PET können seit 2013 in jeder Migros Filiale abgegeben werden. Ganz nach dem Verursacherprinzip. Dieses System funktioniert heute ausreichend und so müssen der Gemeinde nicht weitere Aufgaben aufgetragen werden. Weiter sammelt der Ökihof in Horw PET. Um eine höhere Verwertungsquote anzustreben, wäre ein unverhältnismässig hoher Aufwand nötig.

Michael Günter spricht für SVP, welche das Postulat ablehnen. PET-Falschen können bereits überall abgegeben werden, besonders wenn man den Einkauf erledigt kann alles mitgenommen werden. Das Sammeln von Papier und Karton sollte eher noch gefördert werden.

Hans Gartmann von der FDP-Fraktion ist geteilter Meinung. Er möchte das PET an einer zentralen Stelle abgeben können und nicht aus diesem Grund in ein Geschäft gehen müssen. Die Kosten sind aber bei den Geschäften bereits bezahlt, für die Gemeinde würde es Kosten verursachen. Da REAL genug Geld hat, könnte man so denken, dass die das machen sollen.

Gemäss Bruno Bienz sind die Grünen grundsätzlich immer für Recycling. Aber es sollte Sinn machen. Bei diesem Anliegen ist die Fraktion der Meinung, dass dieses Kriterium nicht sticht. PET-Recycling ist ein wichtiger Faktor zur Reduzierung der Treibhausgase. Im Vergleich zur Entsorgung der PET-Flaschen im Abfallsack und der damit verbundenen PET-Neuproduktion bietet das Recycling eine Reduktion der gesamten Umweltauswirkungen um mehr als 50 %. Die Sammlung von PET ist in der Schweiz nach dem Verursacherprinzip geregelt. Diese ist über den Handel organisiert. Es gibt deshalb über 5'200 öffentliche Sammelstellen und die Rückführung der gesammelten PET-Flaschen erfolgt über das bestehende Logistiknetz des Gross- und Detailhandels. Dies garantiert eine effiziente Auslastung der Lieferwagen und eine Reduktion des Treibstoffverbrauchs. Andere Rücklaufkanäle würden wiederum mehr Kosten verursachen. Die Gemeinden würden für das Sammeln von PET-Flaschen nicht entschädigt, im Gegensatz zu den ordentlichen Sammelstellen. An einem gut funktionierenden System sollte nicht herumgebastelt werden.

Das PE-Recycling birgt andere Probleme. Für Fachleute liegen die Schwierigkeiten beim Recyceln in der Hauptcharakteristik des Plastiks, seiner Vielfalt. PVC, PET, PE, PA, PP die Vielzahl an Kunststoffsorten gehen in die Hunderte. Dazu kommt, dass viele Produkte eine Mischung aus verschiedenen Plastikarten sind, was eine Trennung praktisch unmöglich macht. Das Verbrennen von Kunststoffen bringt verschiedene ökologische, energetische und technische Vorteile, sagt Norbert Helminiak, Sprecher des Kunststoffverbandes Schweiz.

Diese Argumentation hat auch der Gemeinderat in seinem Antrag vertreten. Zudem nimmt die Migros bereits heute Kunststoffbehälter für Speiseöl, Duschmittel, Spül- oder Waschmittel und weitere Produkte zurück. Auch der Konkurrent COOP überlegt sich diesen Schritt. Die Grünen sind der Meinung, dass dies der richtige Ansatz ist. Aus diesen Gründen lehnt die Fraktion dieses Postulat ab. Auch plant der Bund in Zukunft für gewisse Kunststoffe eine Recycling Pflicht einzuführen. Wie das aussehen soll, steht noch in den Sternen.

Patrick Koch findet das Postulat sympathisch und wusste gar nicht, dass so viel PET bereits abgegeben werden kann. Ist das immer noch so?

Brahim Aakti möchte noch einmal klar stellen, dass der Gemeinderat davon ausgeht nach dem Trennen wird das PE separat verbrannt und auch das Öl müsse verbrannt werden. Das Öl kann aber für die Herstellung von neuem Plastik gebraucht werden. Der Sprechende ist sich zudem nicht sicher ob der Detailhandel das PE richtig entsorgt und dass im Ökihof PE abgegeben werden kann ist ihm auch neu. Die Bevölkerung möchte eine Sammelstelle an einem zentralen Ort, dies sollte berücksichtigt werden.

Für Martin Heiz steht fest, ein Laie kann die verschiedenen Plastiksarten nicht voneinander unterscheiden. Zudem hat man heutzutage gar nicht so viel Zeit um alles zu trennen. Mit einem Pfand hatte man dieses Problem nicht, denn da kommt alles zurück. Unbewachte Sammelstellen nützen gar nichts, da dort der Abfall vermischt wird.

Cyrill Wiget möchte die Frage von Patrick Koch nur kurz beantworten. Im Ökihof wurde eine Sammelstelle für PET eingerichtet. Pascal Meyer hat dies überprüft und kann dies so bestätigen. Zu Brahim Aakti möchte der Sprechende bestätigen, dass Trennen Sinn macht aber nicht immer und alles. Bei der REAL läuft momentan eine Untersuchung, bei der überprüft wird, was zukünftig getrennt werden soll und was eher nicht.

### **Abstimmung über die Überweisung des Postulats Aakti: Schaffung von Plastiksammelstellen (Nr. 057/13)**

Das Postulat wird mit 20:9 Stimmen und einer Enthaltung nicht überwiesen.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	Enthaltung
Bieri, Esther	nein
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	nein
Gartmann, Hans	nein
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	nein
Günter, Michael	nein
Hahn, Alex	nein
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	nein
Nyfeler, Nicole	ja

Portmann, Peter	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwizer, Roland	nein
Takacs, Fabian	nein
Tanner, Beat	ja
Trüb, Paul	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	nein
Zosso, René	nein

**19. Postulat Gartmann: Durchsetzung der baupolizeilichen Bestimmungen im Hochwald** **Nr. 058/13**

Dieses Geschäft wurde abtraktandiert.

**20. Postulat Mathis: Räumliche Energieplanung: Energierichtplan für Kriens** **Nr. 060/13**

Dieses Geschäft wurde abtraktandiert.

**21. Postulat B. Bienz: Öffentliche AE Defibrillatoren für Kriens** **Nr. 065/13**

Dieses Geschäft wurde abtraktandiert.

**22. Postulat Hahn: Photovoltaikanlage für das Tribünengebäude Kleinfeld und das Parkbad Kriens** **Nr. 075/13**

Dieses Geschäft wurde abtraktandiert.

**Schluss**

Christine Kaufmann-Wolf bedankt sich für das aktive Mitmachen und Diskutieren.

Die nächste Einwohnerratssitzung ist am Donnerstag, 12. Dezember 2013. Danach findet das Weihnachtessen im Mehrzwecksaal Zunacher statt, der Anmeldeschluss ist der 28. November 2013, also nicht verpassen.

Man trifft sich anschliessend im Restaurant Krienserhalle.

Die Sitzung schliesst um 20.00 Uhr.

\*\*\*\*\*

## Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Die Einwohnerratspräsidentin:



Christine Kaufmann-Wolf

Der Gemeindeschreiber:



Guido Solari

Die Protokollführerinnen:



Sarah Deschwanden



Janine Lipp